Informations-Dienst
zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten



ERSCHEINT WÖCHENTLICH NR. 142 11. SEPTEMBER 1976

D 1870 CX

* frankfurter
* informationsdienst e.v.
* hamburger allee 45
* 6000 frankfurt 90
* tel. 0611/70 43 52

* postadresse :
* postfach 90 03 43
* 6000 frankfurt 90

* redaktionsschluß :
* donnerstag 20 uhr

kontaktzentren :

2000 hamburg
die hälfte des himmels
schluterstr. 79
tel. 040/410 42 62

4630 bochum
politischer buchladen
im westenfeld
tel. 0234/70 23 36

5000 koln
der andere buchladen
zulpicher str. 197
tel. 0221/42 02 14

7400 tubingen
aktion politischer
buchladen
nauklerstr. 20
tel. 07071/23 393

8000 munchen
basis buchladen
adalbertstr. 41 b
tel. 0811/280 95 22

schweiz :
eco libro
8004 zurich
engelstr. 62
tel. 01/ 39 12 67

druck: druckladen

Einzelverkaufspreis:
1,50 mark incl. 5,5% mwst

vierteljahres-abo:
18 dm gegen vorauskasse auf das postscheckkonto:
frankfurter informationsdienst e.v.
6000 frankfurt 90
nr. 52 52 28 - 602
überweisen.
bitte genaue anschrift und abonummer angeben, gegebenenfalls stichwort "neuabo" oder "adressänderung".

HAUSMITTEILUNG

– Zur Buchmesse

Und wieder mal ist Buchmessenzeit und wieder mal treffen sich in Frankfurt Linke, Liberale und auch, na ja, die Anderen.
Aber dieses mal gibt es zur Buchmesse etwas ganz Besonderes und zwar dieses mal kein ID-Fest am Samstag.

Stattdessen, für die lieben Leute, die schon auf den beiden letzten Buchmessen-ID–Festen mit uns reden wollten und für uns,die wir auch so gerne mit so manchem Festbesucher gesprochen hätten, findet dieses Mal am Buchmessen-Sonntag im ID-Büro folgendes statt:

Obstsäfte, Kaffee, Tee, Müsli, Schwarzbrot, Honig,Sekt,Käse, Schinken, Obst usw. Kurzum, ein feierliches Plauderfrühstück für alle diejenigen, die in den letzten Jahren beim ID-Fest immer den Mund halten mußten - wegen der lauten Musik.

Also: Buchmessensonntag, 19.September 1976, Frühstück im ID-Büro. 10.00 bis 15.00 Uhr.

Diskussionsvorschlag: Was kann die Linke in der BRD dazu beitragen, daß der französische Erzbischof Lefebre zum Gegenpapst ausgerufen wird?

– Leider nächste Woche

Der Bericht über das selbstverwaltete Jugendwohnheim „Ziegelhüttenweg", der in der letzten Nummer angekündigt worden war, liegt zwar jetzt auf dem Tisch hier, aber wir schaffen es nicht mehr, ihn zu setzen und in diese Nummer aufzunehmen.

I N L A N D

POLIZEI RÄUMT HAUSBEWOHNERN DAS DACH AB

KÖLN (ID) 9.September

Ein von der Sozialistischen Selbsthilfe Köln (SSK) und Studenten seit April besetztes Wohnhaus in der Aachener Straße Nr. 67 wurde am Donnerstag, 9. September von der Polizei geräumt.

Seit Mittwochnachmittag waren 9 Männer und Frauen auf das Dach ihres Hauses gestiegen, um den Abriß zu verhindern. Über die Dächer der Nachbarhäuser wurden sie mit Butterbroten, Kaffee und Decken versorgt. Unten waren bewaffnete Polizisten mit scharfen Hunden aufgestellt – auf der anderen Straßenseite sammelte sich eine Menschenmenge.

Am Morgen hatte eine Abbruchfirma unter starkem Polizeischutz mit der Zerstörung des bewohnten Hauses begonnen. Es war – nachdem es jahrelang leerstand – von den Besetzern entschuttet, neu verglast und renoviert worden, damit billiger Wohnraum in Köln erhalten bleibt.

Die Polizisten, die die Leute aus dem Haus vertreiben wollten, sahen diese dann plötzlich auf dem Dach wieder. Mit Bergsteigerausrüstung wollten sie ihnen beikommen – vor dem Haus sammelten sich immer mehr Leute, die die Besetzer unterstützten. Angesichts dieser Öffentlichkeit traute sich die Polizei nicht mehr, mit Gewalt vorzugehen; gegen 21.30 Uhr z[illegible] sie ab und wartete hinter der nächsten Ecke. Die Demonstranten blieben die ganze Zeit vor dem Haus.

Vom Dach aus sagte einer der Besetzer über Megaphon: „Vielleicht werden Sie das verurteilen, was wir hier machen, aber ich möchte Ihnen eins sagen: Wir sind auf friedlichem Wege ins Rathaus gegangen, doch alle Politiker haben sich für nicht zuständig erklärt; wir sind zum Gericht gegangen und haben versucht, dadurch das Haus zu retten, doch in diesem Staat muß man ja annehmen, daß hier alles zusammenhängt: die Politiker, die Geschäftsleute, die Polizei. Gegen diese Macht anzukämpfen schafft keiner auf dem Behördenweg. Wir haben uns auch nicht vorher überlegt, daß wir das Haus auf dem Dach verteidigen müssen – wir sind leider dazu gezwungen."

Das Haus, dessen Abriß jetzt so ruhmreich in die Wege geleitet wurde, kam erst durch eine dubiose Manipulation in den Besitz der spekulationseifrigen „Terrafinanz GmbH". Ursprünglich gehörte es zu einer Stiftung zum Wohl Kölner Waisenkinder. Mit der Begründung, das Haus sei baufällig, wurde jedoch erreicht, daß es aus dem Stiftungsvermögen herausgenommen wurde. Auf einer geheimen Ratssitzung am 17.12.71 beschloß die Stadt den Kauf für 48 000 DM. Vier Monate später bereits wurde es an die ‚Terra' weiterverkauft. Diesmal für 225 000 DM! So wohltätig wurden die Kölner Waisenkinder von der Stadt geprellt. Und auch das Argument von der Baufälligkeit war eine Notlüge von Spekulationsinteressen: Letzte Woche bestätigte ein Architektenteam: „Das Gebäude ist stabil und massiv."

GEWERKSCHAFTSFÜHRUNG SCHLIESST LANDESVERBAND AUS !

WESTBERLIN (ID) 4. September

Am 26. 8. beschloß der Hauptvorstand der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW),den Landesverband Westberlin aufzulösen und ihm seine Mitgliedschaft im DGB bis zum 30.9. 76 zu kündigen. Damit wurde vom Hauptvorstand auf einen Schlag ein Zehntel aller Mitglieder aus der Bundesorganisation ausgeschlossen (13.000 von 130.000).

Anlaß für diesen Ausschluß eines ganzen Landesverbandes, der selbst in der deutschen Gewerkschaftsbewegung nahezu beispiellos ist, ist die Weigerung des Landesverbandes Westberlin, die Unvereinbarkeitsbeschlüsse des DGB zu übernehmen.

Bereits vor anderthalb Jahren hatten die GEW-Führer damit begonnen, die Unvereinbarkeitsbeschlüsse auf demWeg einer Satzungsänderung in der GEW durchzusetzen. Diese neue Bundessatzung die zugleich die Mitgliederrechte erheblich einschränkt und die zuvor relativ demokratische Organisationsstruktur beseitigt, stieß an der Basis der GEW auf breiten Protest. Nur durch undemokratische Tricks,wiederholten Satzungsbruch und vor allem durch die nackte Erpressung, bei Ablehnung der Bundessatzung aus dem DGB zu fliegen, erreichten die Gewerkschaftsführer eine Zustimmung der Landesverbände zu dieser Satzungsänderung.

Dies wurde besonders deutlich im Landesverband Westberlin der GEW, wo die Unvereinbarkeitsbeschlüsse in einer ersten Abstimmung abgelehnt wurden. Daraufhin setzte ein wahres Trommelfeuer von Drohungen und Beschimpfungen ein, so daß in diesem Klima der Verunsicherung eine zweite Abstimmung erfolgreich für die Gewerkschaftsführung durchgeführt wurde. Es ergab sich eine Zweidrittel-Mehrheit für die Übernahme der Bundessatzung, ohne daß man davon sprechen könnte, daß dieses Stimmenverhältnis tatsächlich der Willensbildung der Westberliner Mitglieder entsprach.

Einige Kollegen zweifelten aus diesen Gründen die Legitimität dieses Beschlusses gerichtlich an. Das Gericht gab ihnen recht und stellte fest, daß die undemokratische Bundessatzung so weitgehende Befugnisse für die Gewerkschaftsführer enthält, daß ihre Annahme einer (Selbst-)Auflösung der vormals relativ autonomen Westberliner GEW gleichkommt. Dazu aber ist eine Drei-Viertel-Mehrheit notwendig.

Auf der entscheidenden Vertreterversammlung am 26.8.76 erreichten die GEW-Führer jedoch nur 72 % der Stimmen. Damit ist die Übernehme der Bundessatzung und der Unvereinbarkeitsbeschlüsse von der Westberliner GEW in demokratisch völlig einwandfreier Weise abgelehnt worden. Dazu ist anzumerken, daß auch unter den 72 % Ja-Stimmen ein erheblicher Teil keineswegs aus „Überzeugung" für den Abbau der innergewerkschaftenlichen Demokratie votierte, sondern unter dem Druck der massiv vorgetragenen Drohungen mit einem Ausschluß aus dem DGB.

Nur einen Tag später beschloß der GEW-Bundesvorstand den Ausschluß des gesamten Westberliner Landesverbandes zum 30.9. 1976. Dies, obwohl die Satzung der GEW den Ausschluß eines Landesverbandes gar nicht vorsieht. Gleichzeitig verschickt der Bundesvorsitzende Erich Frister an alle Mitglieder einen Aufnahmeantrag für den neuen, vom GEW-Bund installierten Landesverband.

Er dehnt in diesem Papier die Unvereinbarkeitsbeschlüsse von GEW und DGB in nicht nur für die Betroffenen unerträglicher Weise aus und umgeht so den eigenen Vorstand, denn er läßt nicht nur die Mitglieder der im Unvereinbarkeitsbeschluß benannten K-Gruppen vor der Tür, sondern verlangt in einer zu unterschreibenden Erklärung die Vesicherung, dem SLB (Sozialistischer Lehrer Bund) nicht angehört zu haben. Dieser SLB (Westberlin, der der SEW/DKP nahestand) hatte sich aufgrund eines auch im GEW-Hauptausschuß umstrittenen Beschlusses bereits 1975 aufgelöst und war auch in den UB's nicht genannt.

Die Mitglieder des Bundesvorstandes erfuhren erst durch Berliner GEW-Kollegen von Fristers Amoklauf.

Nie war in den Bundesvorständen — mit Ausnahme Fristers — daran gedacht worden, die Kollegen rückwirkend für ihre Mitgliedschaft verantwortlich zu machen.

Die Entwicklung in Berlin macht nun überdeutlich, wohin sich die innergewerkschaftliche Demokratie entwickelt. Bedenkenlos wird hier die Spaltung der Gewerkschaft vorgenommen, um die eigenen undemokratischen Vorstellungen einer sozialdemokratischen, staatstragenden Richtungsgewerkschaft durchzusetzen.

Es gibt zur Zeit die verschiedensten Bestrebungen, dieses gewerkschaftsschädigende Gewerkschaftsverhalten zu bremsen.Wir werden in den nächsten Nummern des ID weiter darüber berichten.

AUSSERORDENTLICHE LANDESVERTRETER-VERSAMMLUNG IN HAMBURG GEFORDERT

HAMBURG (ID) 9.September

In Hamburg wurde eine Unterschriftensammlung zur Durchführung einer außerordentlichen Landesvertreterversammlung über die Vorgänge in Westberlin durchgeführt. Innerhalb von zwei (!) Tagen wurden 500 Unterschriften gesammelt, sodaß satzungsgemäß die außerordentliche Landesvertreterversammlung noch in diesem Monat stattfinden muß. Der Text der Unterschriftensammlung hat folgenden Wortlaut:

„Auf der Landesvertreterversammlung vom 25.8.76 haben die Delegierten der Westberliner GEW mit 109 zu 301 Stimmen bei 6 Enthaltungen der Übernahme der Bundessatzung und damit den Unvereinbarkeitsbeschlüssen nicht zugestimmt.

Jetzt will der Hauptvorstand der GEW-Bund den gesamten Landesverband aus der GEW und dem DGB ausschließen. Durch Verschicken von Briefen an jedes Mitglied, in denen diesen kurzerhand die GEW-Mitgliedschaft aufgekündigt wird und es aufgefordert wird, in einen ‚neuen' Landesverband einzutreten, in dem von Anfang an die Bundessatzung gilt, versucht der Vorstand, die demokratisch getroffene Entscheidung der Westberliner Kollegen zu umgehen und ihnen die Spaltung aufzuzwingen.

Die Unterzeichnenden protestieren gegen dieses Vorgehen des Hauptvorstandes und beantragen nach § 17 der Hamburger Satzung die Einberufung einer a.o. LVV innerhalb von zwei Wochen, auf der der Hauptvorstand aufgefordert werden soll, die Entscheidung der Westberliner Kollegen zu respektieren und alle Maßnahmen zu unterlassen, die eine Auflösung oder Spaltung des Landesverbandes bedeuten."

JAGDSZENEN IN NORDBADEN

FREIBURG (PÄD extra/ID) 1. Juli

Der Ortsvorstand der GEW Freiburg und der Bund demokratischer Wissenschaftler, Sektion Freiburg, veröffentlichten diesen neuen Auswuchs der Radikalenhetze in der Zeitschrift Päd. extra:

„Folgende Äußerungen hat ein Studienrat (Vertrauenslehrer des Philologenverbandes), indem er einen Kollegen systematisch bespitzelte, im Laufe von 4 Jahren gesammelt und zu Protokoll gegeben.

‚Als politische Tätigkeit von Herrn ... ist mir bekannt, daß er ... einen Artikel zur Demokratisierung der Schule geschrieben hat' ... ‚Bei einem Gespräch am Biertisch versuchte er zu überzeugen, daß die Winzergenossenschaften im Kaiserstuhl genau das seien, was man in der Sowjetunion Kolchose nenne' ...

‚Auffallend ist, daß in der jetzigen Klasse 12b, nachdem sie seinerzeit von Herrn ... übernommen worden war, mehrere Schüler aus der Jungen Union austraten und einige davon extrem als linkslastig anzusprechen sind (z.B. SchülerX)' ...

‚Auch der Kollege Y radikalisierte sich unter dem Einfluß von Herrn... zusehends. Er äußerte sich z.B. in einer Elternversammlung wie folgt:‚Ich wäre ein schlechter Vertreter meiner Partei, wenn man dies nicht in der ersten Stunde merkte'. (Koll. Y ist SPD-Stadtrat)" ...

‚Es gelang Herrn ... immer mehr, die GEW-Mitglieder im Kollegium an sich zu binden und zu einem festen Block zusammenzuschweißen, der dann auch bei Lehrerkonferenzen geschlossen auftrat' ...

‚Zur Spaltung des Kollegiums trug zum ersten Mal in stärkerer Weise das von der GEW vorgelegte Modell zur Konfliktlösung zwischen Schülern und Lehrern bei' ..

Sie lachen? — So wird bespitzelt und denunziert! Solcher ‚Erkenntnisse' und Methoden bedient sich eine Schulbehörde, um einem Lehrer den Beruf zu verbieten. Seit vielen Monaten kämpft der Betroffene vor Gericht um seinen Verbleib im Schuldienst. Wir fordern die Schulbehörde auf, die freiheitlich demokratische Grundordnung zu schützen und nicht zu zerstören!"

SPD-PARTEIAUSSCHLUß FÜR KRITIKER DER BERUFSVERBOTE

ERLANGEN (ID) 21. Juli

Am 16.7.1976 wurde Wolfgang Lederer, Mitarbeiter der Jungsozialisten — Hochschulgruppe Erlangen und presserechtlich Verantwortlicher der Zeitung der Jungsozialisten — Hochschulgruppe aus der SPD ausgeschlossen wegen einer in dieser Zeitung formulierten Kritik an der Berufsverbotspraxis der SPD, die angeblich eine schwere Parteischädigung darstelle. Der erste Satz dieser Zeitung die von der Jungsozialisten-Hochschulgruppe gemeinsam erarbeitet wurde lautet:

„Ex-Nazis, Christ-Demokraten, Christ-Soziale, und -Liberale und SOZIALDEMOKRATEN betreiben die Hetzjagd auf Kommunisten/Sozialisten/Humanisten/Abweichler/Linke."

„Der Bezirksvorstand (der SPD Franken, der Verf.) war der Auffassung, daß der genannte Satz für sich allein bereits genügt, um einen Ausschluß aus der Partei zu beantragen". (Schreiben zum Parteiordnungsverfahren vom 15.4.76 an Wolfgang Lederer). Die SPD Erlangen wandte sich in einem Beschluß entschieden gegen dieses Parteiordnungsverfahren und stellte fest:„Diese Aussage ist die schlichte Feststellung der Tatsache, daß auch SPD-Mitglieder in Regierungsverantwortung Berufsverbote aussprechen. Diese Tatsache ist überdies aufgrund von Berichten der in- und ausländischen Presse (z.B. le Monde) allgemein bekannt. Der Vorwurf parteischädigenden Verhaltens kann niemals daraus hergeleitet werden, daß auf eine öffentlich bekannte Tatsache hingewiesen worden ist."

Der am 16. Juli erfolgte Ausschluß Wolfgang Lederers aus der SPD wird von uns, der Jungsozialisten-Hochschulgruppe,als poli-

tischer Skandal empfunden: Trotz der genannten Empörung und Kritik geht der Bezirk Franken der SPD durch Parteiordnungsverfahren und Parteiausschluß der innerparteilichen Diskussion um die Beteiligung von Teilen der SPD an dem Abbau der Grundrechte aus dem Weg und versucht so Kritiker einzuschüchern. Dabei hatte er es nicht einmal nötig, die SPD Erlangen zu informieren und setzte sich über die massiven innerparteilichen Proteste hinweg. Jungsozialisten-Hochschulgruppe, Leipzigerstraße 8, 8520 Erlangen.

VERFASSUNGSSCHUTZ SOLL AKTEN HERAUSGEBEN

GIESSEN (ID) 2. September

Am 26. August begann in Kassel vor dem Verwaltungsgericht der Prozeß des ehemaligen Lehrers Hans Roth gegen das Land Hessen. Roth will mit seiner – bisher in der Bundesrepublik einmaligen – Klage erzwingen, daß das Landesamt für Verfassungsschutz die unbegründet und willkürlich über ihn angelegte Bespitzelungsakten vernichtet. Es geht in diesem Verfahren um die zentrale Frage, ob das Verfassungsschutzamt weiterhin völlig legale politische Betätigungen und Meinungsäußerungen der Bürger des Landes Hessen observieren und in seinen Akten sammeln darf.

Zu Beginn der Verhandlung stellte Rechtsanwalt Peter Becker (Marburg) den Antrag, das Gericht möge vom Land Hessen die vollständige Verfassungsschutz-Akte über Roth anfordern und zum Gegenstand der Verhandlung machen. Rechtsanwalt Becker stützte seinen Antrag auf § 99 der Verwaltungsgerichtsordnung. Durch § 99 werden die Behörden verpflichtet, Urkunden oder Akten vorzulegen. Lediglich „wenn das Bekanntwerden des Inhalts dieser Urkunden oder Akten und dieser Auskünfte dem Wohle des Bundes oder eines deutschen Landes Nachteile bereiten würde oder wenn die Vorgänge nach einem Gesetz oder ihrem Wesen nach geheimgehalten werden müssen", könnendie Behörden die Vorlage der Akten verweigern. Daraus ergibt sich, daß zumindest diejenigen Schriftstücke vorzulegen sind, die (oder deren Inhalt) der Verfassungsschutz aus allgemein zugänglichen Quellen erworben hat.

Der Vertreter des hessischen Innenministers, Ministerialdirektor Beckmann, gab jedoch zu erkennen, daß das Land nicht gewillt ist, dem Gericht die vollständige Akte vorzulegen. Begründet wurde dies damit, daß geheimdienstliche Akten „ihrem Wesen nach" geheim seien und bleiben müßten. Andernfalls könnten eventuell Rückschlüsse auf die „Arbeitsweise" des Verfassungsschutzes gezogen werden. Vorgelegt wurden vom Land Hessen lediglich drei Blätter aus Roths Akte. Es soll sich dabei um jenes Material handeln, das vom Regierungspräsidenten in Kassel am 25. 7. 74 benutzt wurde, als Roth einem Verhör über seine politische Gesinnung unterzogen wurde. Aus der Numerierung dieser drei Blätter ergibt sich, daß die dubiose Verfassungsschutzakte Roth einen Umfang von mindestens 29 Seiten hat.

Durch einen Beschluß des Verwaltungsgerichts wurde dem Land Hessen auferlegt, die fragliche Akte vorzulegen oder bei jedem einzelnen Schriftstückder Akte glaubhaft zu machen, daß dessen Vorlage zu Recht verweigert werden kann.

Der Hessische Innenminister oder der Staatssekretär im Hessischen Innenministerium müssen sich jetzt persönlich über den Inhlat der Akte unterrichten und haben anschließend über jedes Schriftstück an Eides statt zu erklären, ob seine Vorlage bei Gericht verweigert werden darf, weil sein Inhalt unter die oben zitierte Ausnahmebestimmung der Verwaltungsgerichtsordnung fällt. Das Land muß also praktisch nachweisen, daß durch die Vorlage der Akten eine Gefahr für die freiheitlich-demokratische Grundorgnund entstehen würde.

In einem Interview mit der Süddeutschen Zeitung vom 3. September erklärte Ministerialdirektor Beckmann noch einmal ausdrücklich, daß das Land Hessen nicht die Absicht habe, die Akten auszuhändigen.

RAUMVERBOT FÜR REFERENDAR-VOLLVERSAMMLUNG

HAMBURG (ID) 1. September

Seit Bestehen des Studienseminars Hamburg fanden regelmäßige Vollversammlungen der Referendare in der Aula des Instituts für Lehrerfortbildung statt, auf denen über die Ausbildungssituation der Lehrer diskutiert wurde.

Aufgrund der massiven Verschlechterung der Ausbildungssituation und der sich immer mehr verschärfenden Lehrerarbeitslosigkeit (zur Zeit gibt es allein in Hamburg über 1300 arbeitslose Lehrer) wurde deshalb unter den Referendaren – auch im Zusammenhang mit dem „Aktionsprogramm der GEW"– über einen Warnstreik aller Lehrer diskutiert.

In dieser Situation hat nun die Schulbehörde den Hamburger Referendaren für ihre Vollversammlungen Raumverbot erteilt. Bereits zwei Vollversammlungen mußten deswegen im Treppenhaus vor der Aula des IFL stattfinden.

Nachdem auch für die Vollversammlung am 7.9.1976, die vom Referendarvorstand einberufen worden ist, das Raumverbot aufrecht erhalten worden ist, hat sich kurzfristig eine Klägerinitiative gebildet, die bereits 15% aller Referendare umfaßt.

Am 25.8. wurde von ihr gegen die Schulbehörde eine einstweilige Anordnung eingereicht, auf Überlassung der Aula des IFL. Auf der am 24.8. stattgefundenen Klägerversammlung wurde zudem ein Antrag an die GEW gestellt, sich zu dem Verfahren beiladen zu lassen, ein Rechtsgutachten zum Raumverbot zu stellen und den Klägern Rechtsschutz zu gewähren.

NEUE NACHRICHTEN ÜBER BUCHZENSUR

WESTBERLIN (ID) 7. September

Der Verlag Klaus Wagenbach in Westberlin schickt uns die folgende Erklärung zur Veröffentlichung:

„Vor einigen Monaten veröffentlichten wir ein Buch über die Haymarket-Ereignisse in Chikago von 1886 („Haymarket 1886: Die deutschen Anarchisten von Chikago. Reden und Lebensläufe" Herausgegeben von Horst Karasek) Es ist ein Bericht über die Entstehung des Ersten Mai, den Kampf um den Achtstundentag und die genaue Dokumentation eines seit Jarhzehnten als „klassischer Justizmord" bekannten Verfahrens gegen acht „Anarchisten", überwiegend deutsche Einwanderer.

Am 20.8.76 unterschreibt der Richter Zopf vom Amtsgericht Landshut einen Hausdurchsuchungsbefehl (!) gegen eine Landshuter Buchhandlung, da „ein Zeuge mitgeteilt" habe, daß das Buch „Die deutschen Anarchisten von Chikago" (man beachte die Titelverkürzung) dort vorrätig sei. Das Buch wurde beschlagnahmt. Als Grund für die Beschlagnahme wird angegeben: „In diesem Buch wird beschrieben, wie mit Hilfe von Dynamit Sprengkörper hergestellt und gegen „reiche Müßiggänger, Militär, Polizei und Pinkertons" eingesetzt werden können; strafbar als Vergehen ... nach § 111 StGB (öffentliche Aufforderung zu Straftaten)."

Wir dokumentieren diese Stelle (Seite 18):

Von den 7.000 Mitgliedern der anarchistischen Sektionen rekrutiert Chikago 3.000. Von 1883-86 gibt die „Schwarze Internationale" sieben Zeitungen in deutscher, zwei in tschechischer und zwei in englischer Sprache heraus, wovon allein fünf in Chikago gedruckt werden. In deutscher Sprache erscheinen: die von August Spies, Adolph Fischer und Michael Schwab herausgebrachte „Arbeiter-Zeitung" mit täglich 6.000, der samstags aufgelegte „Vorbote" mit 8.000 und das Sonntagsblatt „Die Fackel" mit 12.000 Exemplaren. Einmal im Monat wird „Der Anarchist" von Georg Engel ediert, während Albert R. Parsons die Redaktion des englisch geschriebenen „Alarm" innehat. Darin schreibt er 1885:

Arbeiter von Amerika, lernt die Herstellung und den Gebrauch von Dynamit! Dynamit wird in eurer Hand zur mächtigsten Waffe,

zu einer Waffe des Schwachen gegen den Starken. Der Kampf um Brot ist ein Kampf ums Überleben. Tod und Verderben einem System, welches Männer, Frauen und Kinder als Arbeitstiere ausbeutet und versklavt!

Ebenfalls ein Jahr vor der Heumarkt-Bombe veröffentlicht der „Alarm" einen Leserbrief, der als berühmt-berüchtigte Hymne auf das Dynamit das Bild vom bombenwerfenden Anarchisten mitgeprägt hat und lange Zeit Louis Lingg zugeschrieben worden ist:

Dynamit! von allen Stoffen ist das der beste. Stopft mehrere Pfund des wunderbaren Stoffes in ein zollstrakes Rohr, verschließt beide Enden, setzt eine Zündkappe darauf, legt es in die Nähe möglichst vieler reicher Müßiggänger, die vom Schweiße anderer leben — und steckt die Zündschnur an. Das Ergebnis wird überaus erfreulich und lohnend sein. Mit der Erfindung des Dynamits hat die Wissenschaft ihr bestes Werk für die Millionen Getretenen auf dieser Welt getan. Der gute Stoff kann nämlich in jeder Tasche herumgetragen werden und ist doch eine gewaltige Waffen gegen die Gewalt der Militärs, Polizei und Pinkertons. ER ist der aufrichtigste Freund der Enterbten, während er den Räubern Furcht und Schrecken einjagt. Vergeßt nicht — ein Pfund dieses guten Stoffes ist mehr wert als ein ganzer Berg von Stimmzetteln!

Das Zitat ist in der Tat „berühmt-berüchtigt": Es erscheint in nahezu allen historischen Arbeiten über den Anarchismus, selbst in denen, die der Ullstein Verlag (Besitzer: Axel C. Springer) veröffentlichte.

Nur: in unserem Buch erscheint es zum ersten Mal im Zusammenhang — es ist das erste in deutscher Sprache, das die Reden und Lebensläufe der Angeklagten dokumentiert und erläutert.

Infolgedessen wird auch berichtet, worauf die Arbeiter reagierten: auf entsprechende Äußerungen der Unternehmer. Im Buch Seite 12:

Neben dem arbeitslosen Industrieproletariat, dessen Anzahl sich im Verlauf des Jahres 1885 nahezu verdoppelt, streifen zwischen einer und zwei Millionen Wanderarbeiter durch das Land, auf der Suche nach irgendeiner Beschäftigung. Wie die satten Bürger gegenüber Hungerleidern reagierten, darüber geben zwei Artikel aus jenen Tagen Aufschluß. So schreibt die „Chicago Times":

Es ist sehr hübsch, wahres Elend zu bessern in Stadt und Land; aber die beste Mahlzeit für einen lumpigen Tramp ist Blei. Man sollte ausreichende Portionen geben, um ihren Appetit und ihre Gefräßigkeit zu stillen.

Und die Chikagoer „Tribune" rät ihren Lesern:

Der einfachste Plan ist, den Arbeitslosen und Bettlern anstatt Butter Arsenik aufs Brot zu streuen. Das bewirkt in kürzester Zeit den Tod und ist anderen Bettlern eine Warnung, sich in respektvoller Entfernung zu halten.

Auf der anderen Seite hat die neuerliche Wirtschaftskrise von 1882 bis 1886 der Gewerkschaftsbewegung massenhaft neue Mitglieder zugeführt und die Kapitalisten haben es weniger mit Vagabunden als mit einer organisierten Arbeiterschaft zu tun. Zum ersten Mal in der Geschichte Nordamerikas sind die „Labor Unions" zu einem realen Machtfaktor geworden, und die Unternehmer reagieren auf Streiks und Unruhen mit dem verstärkten Einsatz ihrer Privatarmeen — den Pinkertons —, und ihre Zeitungen — wie z.B. die „New York Tribune" — verschärfen die Tonart:

Handgranaten sollten unter die Unionsleute geworfen werden, die höhere Löhne und kürzere Arbeitszeit fordern. Durch solche Behandlung bekommen sie eine gute Lektion erteilt, und die anderen werden vor den Streiken gewarnt.

Die Folgerungen aus dem Landshuter Beispiel ergeben sich von selbst:

SO werden die Beschwörungen der SPD/FDP, alle neuen Zensurgesetze richteten sich „selbstverständlich nicht gegen Wissenschaft, Kunst und Berichterstattung", von deutschen Richtern interpretiert.

SO wird von deutschen Richtern eingelöst, was der Rechtsexperte der CSU, Spranger, am 6.1.76 im Bundestag forderte, daß nämlich die genannte Einschränkung „allerdings nicht für jenes ... Schrifttum gelten kann, wie es beispielsweise im Wagenbach-Verlag produziert wird."

SO werden deutsche Verlage, Buchhändler und Leser eingeschüchtert und zur Selbstzensur gezwungen. "

Anmerkung der Redaktion:
Die Frankfurter Rundschau druckte die Erklärung des Wagenbach-Verlags am 6.9. vollständig ab. Zur Frage, warum im Feuilleton und nicht im politischen Teil, sagte der verantwortliche Redakteur, im Feuilleton sei eben mehr Platz ...!

KAHLSCHLAG BEI DER POLITISCHEN VERTEIDIGUNG

FRANKFURT (ID) 9.September

Die ‚Liga gegen den Imperialismus' gibt in einer Presseerklärung bekannt, wie sich das Verteidigerausschlußgesetz bei einer Reihe von Prozessen auswirkt.:

„In einem weiteren Prozeß gegen einen Besetzer der Paulskirche wurde heute, am 7.9.76, die Verteidigung ausgeschlossen. Seit Anfang Mai läuft diese Welle von Prozessen gegen über 50 Antifaschisten, die aus Protest die Paulskirche besetzten. Diese Aktion war Teil einer weltweiten Protestbewegung gegen die Todesurteile in Spanien.

Während die ersten Prozesse aufgrund massiver Proteste eingestellt wurden, zeigt sich jetzt, wie wenig ‚unabhängig' die Justiz auch in der BRD ist. Nach einer Rüge im Landtag geht sie seit einigen Wochen massiv gegen die angeklagten Antifaschisten vor. Insbesondere die neuen Verteidigerausschlußgesetze werden jetzt systematisch angewandt, die es einem Anwalt verbieten, mehr als einen gleichartigen Prozeß zu führen. So geschah es in zwei Prozessen am 26.8.

Einem der Angeklagten wurde nach dem Verteidigerausschluß vom Gericht gerade 10 Minuten zugebilligt, um sich auf die eigene Prozeßführung vorzubereiten. Eine Vertagung, um sich einen neuen Verteidiger zu suchen, wurde abgelehnt. Nach dem neuen Verteidigerausschluß heute wies abschließend die Verteidigung auf die Bedeutung dieser Ausschlußmaßnahme hin bei über 50 anstehenden Prozessen. Sie erklärte , daß zum Beispiel bei Massenstreiks mit über 400 Folgeprozessen, die dann ebenso viele Verteidiger notwendig machten, jede Verteidigung unmöglich werde."

SOLIDARITÄT ODER: DAS ZERSCHNITTENE TISCHTUCH

NEU–ISENBURG (ID) 5.September

Genau einen Monat nach polizeilicher Räumung und Schließung der Ausländerberatungsstelle, nach Kündigung und Rausschmiß der beiden Sozialarbeiter Sven Lewin und Horst Schäfer (ID Nr. 133, 134) fand Anfang August (9.August) in Neu-Isenburg eine SPD-Wahlveranstaltung statt. Tagelang vorher hatten die Sozialarbeiter gemeinsam mit Ausländergruppen und dem Club Voltaire verhandelt, um dort einen Beitrag über ihre Arbeit und den Konflikt halten zu können.

Dies schien möglich, weil der dort ansässige SPD-Bundestagsabgeordnete Manfred Coppik, ein früherer Ostermarschierer und Gegner des § 88a, als links gilt. Und es schien gesichert, nachdem Gerhard Zwerenz, Schriftsteller und Beiratsmitglied des ID, ein Verbündeter von Coppik, als Redner aufgeboten war. Mit ihm vor allem war der Beitrag des Ausländerzentrums vorher diskutiert worden.

Doch es kam anders. Unmittelbar vor der Veranstaltung verkündeten SPD–Funktionäre das Verbot dieses Beitrags. SPD-Ordner besorgten, als die Genossen ihren Beitrag dennoch halten wollten, den Rest; mit Unterstützung der Polizei — und mit Unterstützung von Gerhard Zwerenz.

Der gesamte Vorstand der Neu-Isenburger Jusos ist daraufhin zurückgetreten.

Wir berichten über diesen Vorfall und die sich anschließende Diskussion ausführlich, weil darin drei Komplexe gleichzeitig angesprochen werden:

1. die Arbeit einer politischen Initiative, die mit einer Aktion Gegenöffentlichkeit hergestellt hat.
2. Das Verhältnis der Linken zur Wahl
3. Die Berichterstattung im ID.

Hier der Offene Brief einiger Neu-Isenburger Genossinnen und Genossen an Gerhard Zwerenz (leicht gekürzt):

„Es ging uns nicht darum, Krach zu machen oder Schlägereien anzufangen. Wir wollten nur eine kurze Rede (4 DIN A 4 Seiten) zu den Ereignissen um den Club Voltaire und die Ausländerberatung der Stadt Neu-Isenburg halten. Das wurde uns auch zugesichert, wie auch Manfred Coppik im Festzelt zugeben mußte. 5 Minuten vor Beginn der Veranstaltung wurde die Zusicherung wieder zurückgezogen.

Wir wollten dann gerade bei dir die Rede halten, da wir von dir Verständnis erwartet hatten. Wir hatten gedacht, daß du uns die Möglichkeit einräumst, zu reden und die Ordner und die Polizisten davon abhalten würdest, uns zusammenzuschlagen. Was uns dann vollkommen überrascht hat, waren deine Hetztiraden, wo du blindwütig über uns hergezogen bist, dich offenbar nicht mehr kontrollieren konntest (du hast am ganzen Körper gezittert) und die Stimmung im Saal angeheizt hast.

Wir sind nicht vom KBW (es waren einige Genossen vom KBW dabei), sondern unabhängige Linke – u.a. vom Projekt Multinationales Kulturzentrum, Club Voltaire, Jugendzentrum, verschiedene Ausländergruppen). Diese Tatsachen hast du völlig ignoriert, genauso wie das, was wir sagen wollten.

Du hast uns vorgeworfen, wir würden den Faschisten um Strauß, Dregger usw. gute Dienste leisten. Das ist gelogen und wird der Linken schon immer von den Sozialdemokraten vorgeworfen. Wer hier den Faschisten Dienste leistet, ist die SPD, die die Gesetze schafft, um die Linke in der BRD zu liquidieren, auch physisch zu vernichten. Die Angst vor Verfassungsschutz, Polizei, Knast schleicht sich in unsere Köpfe ein (siehe Fall Strecker und Ickler in Frankfurt: Beispiele für die willkürliche Verhaftung von Genossen).

Wenn der Jo Mateiko (Politsänger aus Offenbach) uns diffamiert, indem er sagt, wir wären ja eh nur Studenten, und du das unterstützt, indem du dazu nichts sagst, habt ihr kein Recht mehr, was dagegen zu sagen, wenn euch die CDU/CSU-Fritzen mit Sozialisten usw. diffamieren.

Was gestern Abend im Festzelt passierte, war mit das brutalste, was wir bisher erlebt haben. Nicht mal so sehr von Seiten der Polizisten, die teilweise belämmert rumgestanden haben, sondern von Seiten der Ordner, die die Leute unheimlich brutal zusammengeschlagen haben (auch Unbeteiligte und SPD–Mitglieder), Leuten die Haare ausgerissen haben usw. Viele von uns waren verletzt; teilweise durch Schläge, teilweise dadurch, daß sie gegen die Eisenrohre des Zelts geworfen und gedrückt wurden.

Am schlimmsten war allerdings, daß die Ordner sich besonders an den Frauen und Mädchen ausgetobt haben, sie verprügelten. Viele waren so fertig, daß sie draußen geheult haben. Die Gesichter der Ordner waren wutverzerrt, haßerfüllt, manche konnten vor Haß gar nicht mehr vernünftig reden. Das Ganze erinnert uns stark an das Verhalten der Polizisten, Geheimpolizisten, Folterspezialisten in faschistischen Staaten, die auch mit besonderer Vorliebe Frauen fertigmachen. (Lies mal das Buch über Griechenland von Günter Wallraff, oder was die Amis in Vietnam gemacht haben).

Du hast während dieser Szenen irgendwo im Saal gehockt und keinen Ton rausgebracht, hast das Ganze mit unterstützt.

Von jemand, der sich als Sozialist bezeichnet, erwarten wir, daß er gegen solche faschistischen Übergriffe Stellung bezieht, bzw. sie verhindert. Was dir durchaus möglich gewesen wäre."

Gerhard Zwerenz hat, das sei vor allem für Nicht-Frankfurter gesagt, die Frankfurter Spekulationsmafia aus Baulöwen und Magistratsmitgliedern in einem Roman *„Die Erde ist so unbewohnbar wie der Mond"* an den Pranger gestellt. Gerhard Zwerenz hat vor einigen Jahren in einem Beitrag für den Hessischen Rundfunk die als links geltende SPD-Hessen-Süd kritisiert. Der Beitrag wurde von der Zensur verboten. Und Gerhard Zwerenz hat vor zwei Jahren auf dem Tribunal des Häuserrates „Foltert die Polizei? " mit Jürgen Roth, Heinz Brandt und anderen Genossen die Terrorpraxis der Frankfurter Polizei unter ihrem Chef, dem SPD-Mitglieder Müller, beim Namen genannt.

Gerhard Zwerenz hat also getan, was für einen linken Schriftsteller selbstverständlich ist. Aber die Zeiten haben sich geändert. Wie er die politische Entwicklung in der BRD jetzt sieht, darin die Rolle der SPD und der Linken und wie er den Konflikt in Neu-Isenburg und darin seine Rolle sieht, das hat Gerhard Zwerenz in einem Interview mit der Frankfurter Stadtzeitung *‚Hauptwache'* gesagt. Hier die wichtigsten Auszüge aus dem Gespräch, auf das er den ID erst mal verwiesen hat.

GERHARD ZWERENZ, DIE SPD UND DIE LINKE

Zwerenz: „...Ich mache ja gar keinen Wahlkampf für die SPD mit, obwohl ich es wünschenswert hielte, ihn mitzumachen. Ich habe nur eine Ausnahme gemacht, nämlich in Bezug auf den hiesigen MdB-Kandidaten Manfred Coppik. Und dazu kam noch, daß mir der Coppik gesagt hat, daß er hier einen linken Wahlkampf machen will, er hatte also ein linkes Strategieprojekt entworfen. Und das war mir den Versuch wert. Der allgemeinere Teil eurer Frage, daß ich nun meine, ohne SPD ginge es nicht: das muß ich nun wiederum bejahen. Ich bin in der Tat der Meinung, daß die Linke in diesem Land so schwach ist, daß es Augenwischerei wäre, sich von ihr noch etwas zu erhoffen..."

Zwerenz: „...Hier geht es um nichts anderes, als um die Verteidigung des Rests an Grundgesetz, von Liberalität. Und dies kann man nur mit der SPD, mit einer sozial-liberalen Koalition erreichen. Die Alternative steht also nicht, sozialliberale Koalition oder irgendein Linkskurs, sie steht, sozialliberale Koalition oder Rechtsregierung. Das sind Verhältnisse, wo man viele politische Bedenklichkeiten überwinden muß, wo man sich in politische Konstellationen gedrängt sieht, bei denen man nicht mit vollem Herzen dabei sein kann, wo man sich taktisch verhalten muß. Und da ist für mich jetzt die SPD das letzte Rettungsnetz vor dieser Gefahr einer Rechtsregierung."

Zwerenz: „...ich bestehe darauf, daß solche Dinge wie an diesem Abend nur der Rechten helfen und die SPD derartig weiter nach rechts drängen, daß genau diese Entwicklung, die wir alle für verhängnisvoll halten, eintritt. Bei mir ist s übrigens schon eingetreten, nicht, so wie man mich jetzt von der Linken entfernt hat, und wie ich in meinen psychischen Reaktionen gar nicht mehr in der Lage bin, für bestimmte linke Kreise noch Sympathien zu empfinden, sind Jahre hindurch Leute, die hier mit der Linken sympathisiert haben, abgeschreckt worden und ins gegnerische Lager getrieben worden.

Alles das, was von den Organisationen der Arbeiter weggeht, sich von ihnen entfernt hält, und an die Stelle den individuellen Terror setzt, ist – und das kann man durch die Geschichte der Arbeiterbewegung wie einen roten Faden verfolgen – mindestens in Europa immer eine direkte Hilfe für die Rechte gewesen.
Und da ist nach wie vor die Differenz, und ist auch jetzt die Differenz zwischen denen, die da in Neu-Isenburg Basisarbeit machen, und der SPD – und auch mir – die völlig unterschiedliche Einschätzung der Gewaltfrage in der BRD. Diese Leute glauben, daß in diesem Land, unter den jetzigen Bedingungen, irgendetwas, ob revolutionär oder sozialistisch, noch bewirkt werden kann. Und ich glaube prinzipiell, daß hier überhaupt nichts mehr bewirkt werden kann außer der Verteidigung der Reste an grundgesetzlich verbürgten Freiheiten.

Und alles, was jetzt an sogenannter Basisdemokratie gemacht wird, führt über den Konflikt – wenn er nicht gestoppt wird, sondern sich eskaliert wie jetzt in Neu-Isenburg – in der Reaktion dazu, daß sowohl die SPD als auch so Leute wie ich uns wiederum noch trennen müssen von den Linken, mit denen wir bislang immer noch sympathisiert haben; das heißt, wir werden in die rechte Ecke gedrängt..."

Hauptwache: „Der technokratisch organisierte Rechtsdruck wird stückchenweise stärker. Aber was ist am ehesten dagegenzusetzen? Ausgehend von den konkret faßbaren Lebensumständen, von den hautnah empfundenen Restriktionen einen Anspruch des hier-jetzt-sofort zu entwickeln, und zu versuchen, unmittelbar, in der konkreten

Konfrontation dagegen anzugehen. Das scheint doch auch das Konzept oder der Anspruch der Initiative in Neu-Isenburg zu sein.

Zwerenz: „Dieses Konzept ist natürlich nicht neu, das hat sich als einziges aus dem Zerfall der gesamten Linksbewegung heraus entwickelt, und das dort, wo es gut durchgeführt wurde, ja auch Erfolge zu verbuchen hatte. Ich würde übrigens alle Bürgerrechtsgruppen, alle Bürgerinitiativen dazu rechnen.
Die Frage ist nur, wo wird diese Konzeption eben zum Anlaß, der die Linke – und jetzt würde ich eben die SPD, und nicht nur die linke SPD, darunter mit verstehen wollen – wiederum so schwächt, daß dies Ganze der offenen Rechten zugute kommt. Und das war in Neu-Isenburg, wie ich finde, so.
Und hier hätte eine Abwägung der Interessen stattfinden müssen, und hier finde ich, daß die Interessen des Multinationalen Zentrums in Neu-Isenburg regionale Interessen sind, während die Interessen Coppiks und des Wahlkampfes überregionale Interessen gewesen sind, und insofern hätten sie Priorität haben müssen..."

Zwerenz: „...Selbstverständlich sind mir Basisbewegungen, und dazu gehört auch diese hier, sympathisch. Das ist alles zu bejahen. Nur, in diesem speziellen Fall ist es so, daß sich Leute mir gegenüber tätlich benommen haben. Ich kann mit diesen Leuten nicht wieder in ein Verhältnis, wo ich mit ihnen nicht nur sympathisiert habe, sondern wo ich jederzeit bereit gewesen wäre, sie auch konkreter zu unterstützen, also in so ein Verhältnis wieder einzutreten. Dazu ist der Einschnitt dieses Abends zu tief."

Hauptwache: „Du hast dich beim Folter-Tribunal vor über zwei Jahren objektiv mit einer Linken verbündet, die dieser MZ-Gruppe dem Anspruch und dem Konzept nach sicher sehr ähnlich ist. Nur: jetzt verhältst du dich unsolidarisch, wie du selbst sag st."

Zwerenz: „Also, mir gefällt das alles nicht. Schon diese Wortwahl! Ich habe mich damals nicht mit einer Linken verbündet.
Ich bin als Autor Zeuge geworden von Rechtsverletzungen, die die Polizei begangen hat. Und ich habe alles getan, damit diese Rechtsbrüche aufgedeckt werden. Daß ich dann punktuell ein Bündnis eingehe – zwangsläufig! – mit denen, die das auch aufdecken wollen, ist völlig klar. Das hindert mich überhaupt nicht – ich bin nämlich nur ein freier Schriftsteller, ich unterliege keinen Legitimationszwängen –, daß ich dann genauso Rechtsbrüche ablehne, wenn sie von anderen Personen, nicht von Polizisten begangen werden. Das muß mir nach wie vor freistehen. Ich habe mit dieser Linken nur so viel zu tun, wie sich ergibt, wenn ihr ein Unrecht geschieht, das ich verifizieren kann."

Auf die Frage, ob er nun aus dem ID–Beirat („Das ist ein Basisorgan, das sicherlich voll hinter der Art der Neu-Isenburger Konfliktaustragung steht") austreten wolle, sagte Gerhard Zwerenz:

„Nun, das wollen wir doch mal abwarten, wie der ID das darstellt, dann müssen wir das konkret sehen. Der kann schon meiner Argumentation zuwiderschreiben. Wenn sich allerdings der ID in seiner Interpretation zu einem Organ verwandeln sollte, das eben nicht wie bisher Rechtsbrüche aufgezeigt hat, sondern das zu Rechtsbrüchen auffordert, oder sie legitimiert, dann würde ich mich nicht mehr in der Lage sehen, meinen Namen dafür herzugeben; das ist wohl wahr. Ich fürchte nur, dann hat er überhaupt keinen Beirat mehr."

NACHTRAG:

Die Behandlung dieses Konflikts hat uns verfluchte Schwierigkeiten gemacht. Im Handumdrehen waren wir dabei, längere Ausführungen über Repression, SPD-Politik im Allgemeinen und Besonderen usw. zu erfassen. Das ist erstaunlich, weil wir uns durch wirklich wichtigere Ereignisse als den Neu-Isenburger Konflikt nicht veranlasst gefühlt haben, so etwas wie eine ID-Einschätzung der politischen Verhältnisse zu veröffentlichen.

Es war halt wohl mehr Ausdruck unserer Unsicherheit.

Die Diskussionen darüber haben es dann an den Tag gebracht. Wir sind nicht der moralische Zeigefinger des ID–Beirats, genausowenig, wie wir erwarten, daß die Beiratsmitglieder jeden im ID veröffentlichten Artikel unterschreiben können/sollten. Wir sahen uns in Zugzwang gesetzt durch die Empörung der Genossinnen und Genossen, die im Übrigen unsere Empörung ist. Das ist aber noch kein Grund zum „Unvereinbarkeitsbeschluß".

Der Versuch der Isenburger Genossinnen und Genossen, auf der Veranstaltung Gegenöffentlichkeit herzustellen über die Umstände der Schließung einer Beratungsstelle entspricht dem Selbstverständnis des ID, Gegenöffentlichkeit herzustellen. So ist die Aktion der Isenburger Genossinnen und Genossen nach unserer Ansicht ein notwendiger Bestandteil linker Politik.

Unsere Aufgabe als Basis-Nachrichtendienst sehen wir weiterhin darin (unter vielem anderen), vorrangig Berichte von diesem alltäglichen Kampf um die Durchsetzung selbstbestimmter Politik zu veröffentlichen. Der Bericht über Neu-Isenburg ist von den vom SPD-Management betrogenen, von SPD-Ordnern, von SPD-georderter Polizei, von SPD-Minister Matthöfer eigenhändig geschlagenen Isenburger Genossen geschrieben worden. Dieser Bericht ist hier zu lesen und auch was G.Zwerenz im Hauptwache-Interview dazu gesagt hat. Das reicht wohl, um sich ein Bild zu machen.

Eine Entscheidung über eine Frage, die wir nicht aufgeworfen haben, liegt weiterhin bei Gerhard Zwerenz.

ANTI–REPRESSIONSVERANSTALTUNG IN NEU–ISENBURG

NEU–ISENBURG (ID) 9.September

Durch den Konflikt um die Ausländer beratungsstelle und die SPD-Wahlveranstaltung (dazu der obige Artikel) besonders aktualisiert, findet am 18.9. um 16.00 Uhr im Jugendzentrum Frankfurter Straße eine Anti-Repressionsveranstaltung statt. Folgende Gruppen rufen dazu auf, bzw. werden von ihren spezifischen Erfahrungen berichten:

JUZ Neu-Isenburg, Multinationale Zentrumsinitiative N.I.; Frauenzentrum N.I.; Club Voltaire N.I.; Jusos N.I.; DGB Ortskartell N.I.

Außerdem wird RA Croissant, Frankfurter Anwälte und Vertreter verschiedener Emigrantengruppen sprechen. Klaus der Fiedler, L.M. Corner und andere, wollen Musik machen; auch Theatergruppen haben sich angesagt.

DIE AUSLÄNDERBERATUNG GEHT WEITER!

NEU–ISENBURG (ID) 9.September

Einen Monat nach der Zerstörung der Ausländerberatungsstelle (ID 133,134) und dem Rausschmiss der beiden Sozialarbeiter, gibt es jetzt wieder eine Beratungsstellte – und zwar in Eigeninitiative. Dies ist als erster Schritt zur Schaffung eines multinationalen Zentrums zu verstehen. (siehe 9-Punkte-Konzept im ID Nr. 134).

Adresse: Ausländerberatungsstelle, 6078 Neu-Isenburg, Kronengasse 22

STUDIE WIDERLEGT ANGEBLICHE UMWELT–FREUNDLICHKEIT DER KERNENERGIE

KARLSRUHE (ID) 8.September

Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz hat eine Studie über die Umweltgefährdung durch Kernenergie nachgedruckt und gibt nachfolgend einen kurzen Überblick über deren Inhalt:

„Seit Beginn der industriellen Entwicklung der Kernenergie wird der Öffentlichkeit von Wirtschaft, Behörden und Politikern von der besonderen Umweltfreundlichkeit der Kernenergie erzählt. Die Strahlenbelastung in der Umgebung eines Kernkraftwerkes betrage nur wenige Prozent der natürlichen Radioaktivität, die gesetzlich zulässigen Grenzwerte für künstliche Radioaktivität würden in der Umgebung dieser Werke niemals erreicht, sondern weit unterschritten werden.

Mit diesen Behauptungen räumt eine jetzt veröffentlichte Studie endgültig auf. Sie beruht auf einer Analyse der bisher vor der Öffentlichkeit geheimgehaltenen Jahresberichte der Radioaktivitäts-

messungen der zuständigen Behörden in der Umgebung des Kernkraftwerkes Obrigheim und der Reaktoren in Karlsruhe. Einige Beispiele aus dem Inhalt der Studie:

— Die künstliche Strahlenbelastung in der Umgebung des Kernkraftwerkes Obrigheim beträgt nicht 1 mrem pro Jahr, wie der Öffentlichkeit von den zuständigen Stellen immer versichert wurde, sondern zwischen 70 und 250 mrem pro Jahr.

— Die zuständigen Überwachungsbehörden sind andauernd bestrebt, eventuelle Freisetzungen von Radioaktivität herunterzuspielen oder zu vertuschen. Die Studie weist an mehreren Beispielen nach, wie bei den Messungen der Umgebungsüberwachung von der Überwachungsbehörde gezielt manipuliert wurde.

— Die Studie beschr ˈbt das behördliche Vorgehen im Falle einer länger anhaltenden Überschreitung der Grenzwerte: Die oberste Überwachungsbehörde, in diesemFall das Gesundheitsministerium in Baden-Württemberg, schreibt in diesem Fall nicht eine geringere Radioaktivitätsabgabe vor, wie zu erwarten gewesen wäre, sondern erhöht kurzerhand die Grenzwerte. Damit ist die Situation wieder legal.

— Die Kerntechnik hatte bisher eine Vielzahl von Störfällen zu verzeichnen, bei denen Radioaktivität in die Umwelt freigesetzt wurde. Bei diesen Störfällen wurden die gesetzlich zulässigen Grenzwerte zum Teil bis zum 100 000fachen überschritten. Es werden ausführlich einige Dutzend solcher Störfälle beschrieben.

Wegen der Wichtigkeit der in dieser Studie enthaltenen Informationen wurde sie vom Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz e.V. nachgedruckt. Interessierte können ein Exemplar anfordern beim BBU-Info-Versand, Horstackerstr. 24, 67 Ludwigshafen, Tel. 0621 / 57 34 54; Konto ‚BBU- Info-Versand Nr. 501 965' bei der Stadtsparkasse Ludwigshafen (Preis: 2,30 DM/Stück plus Porto -,70).

Titel der Studie: „Radioaktive Kontaminationen in der Umgebung kerntechnischer Anlagen — Analyse der amtlichen Umgebungsüberwachung", Dieter Teufel, Arbeitsgemeinschaft Umweltschutz an der Universität Heidelberg, September 1976, 52 Seiten.

IN BIBLIS UND ANDERSWO SIND DIE SCHRAUBEN LOCKER

BIBLIS (ID) 23. August

Im Atomkraftwerk Biblis bei Worms wurde am 23. April mit der ersten Generalinspektion von Block A begonnen. Acht Wochen waren dafür angesetzt. Am 10. Juni forderte das Bundesinnenministerium die Länder zur raschen Überprüfung der Speisewasserbehälter auch in allen anderen Kernkraftwerken der BRD auf. Über einen Monat später, am 29. Juli, durfte die Öffentlichkeit durch die Presse endlich erfahren, daß in Biblis nicht alles stimmt: Etwa 20 Schrauben hatten sich aus der Hauptkühlmittelpumpe gelöst und wurden in einem Sieb am Reaktordruckgefäß nahe bei den Brennelementen gefunden, an der kritischsten Stelle des Reaktors. An einem Generator war die Isolierung defekt, und im Speisewasserbehälter wurden Risse entdeckt (siehe ID 135). Damit waren sicherheitstechnisch wichtige Teile des Reaktors beschädigt.

Kernkraftwerksdirektor Meyer spielt die Vorgänge herunter zu wenig erfreulichen Überraschungen:„Sachen, mit denen wir leben müssen." Er zeigt damit die Einstellung der Kernkraftwerksbetreiber: wir sollen uns halt mit dem Risiko abfinden! Denn die Informationspolitik von Meyers Arbeitgeber, der Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerk AG (RWE), besteht darin, der Bevölkerung die Risiken absichtlich zu verschweigen.

Die Schäden waren immerhin so ernst, daß die Reparaturarbeiten mindestens doppelt so lange dauern werden wie vorgesehen. Alarmierend ist, daß die gesamte Strahlenbelastung für die zeitweise bis zu 600 Arbeiter schon jetzt doppelt so hoch ist wie ursprünglich vorausberechnet. Das beweist, wie unzuverlässig solche Strahlungsberechnungen sind und wie berechtigt es ist, solchen Angaben zu mißtrauen. Vielleicht wird die Strahlen belastung der Bevölkerung in der umliegenden Region ebenfalls unterschätzt?

Bis jetzt mußten schon 17 Arbeiter abgezogen werden, weil sie während der Reparaturzeit bereits die höchstzulässige Strahlendosis erhielten.

Die RWE arbeitet jetzt auf eine noch größere Gefährdung hin: sie will wesentlich mehr abgebrannte hochradioaktive Brennelemente als genehmigt im Abklingbecken von Block A lagern, weil ihr die Kosten für den Transport ins Ausland zu hoch sind. Sie will damit die Sicherheitsbestimmungen unterlaufen, auf denen die atomrechtliche Genehmigung des Reaktors beruht.

Das hessische Wirtschaftsministerium akzeptiert diese Taktik, indem es einen Gutachter bestellt , der prüfen soll, ob die Kühlung im Abklingbecken für mehr Brennelemente ausreicht. Daß die Gefährdung bei einem Unfall umso größer ist, je mehr radioaktives Material der Reaktor enthält, wird dabei völlig unterschlagen.

Trotz dieser zusätzlichen Gefährdung, die jeden von uns betrifft, rechnet das Ministerium offenbar damit, die Bevölkerung von dem Entscheidungsprozeß ausschließen zu können: da nur bei einer wesentlichen Änderung eines Reaktors das atomrechtliche Genehmigungsverfahren mit öffentlicher Anhörung wiederholt werden muß, soll jetzt ein Justitiar des Ministeriums entscheiden, ob die zusätzliche Lagerung von Brennstäben eine wesentlich oder unwesentliche Änderung ist. Ob wir ein Wörtchen mitzureden haben, wenn es um unsere Sicherheit geht, hängt also von juristischen Spitzfindigkeiten ab.

Daher fordert die Bürgerinitiative Umweltschutz Mainz-Wiesbaden im Namen der 15 rheinhessischen Bürgerinitiativen:
— Veröffentlichung der Sitzungsprotokolle des Sicherheitsbeirats im Kernkraftwerk Biblis über die aufgetretenen Gefährdungen.
— Wiederholung des atomrechtlichen Genehmigungsverfahrens mit Offenlegung der Pläne und öffentlicher Erörterung der Gefährdung, die durch die zusätzliche Lagerung hochradioaktiver Brennelemente entsteht.
— Sofortiger Bau- und Genehmigungsstop für alle Kernkraftwerke.

Bürgerinitiative Umweltschutz Mainz-Wiesbaden

AUFRUF

KOMMT ALLE ZUR INTERNATIONALEN GROSSKUNDGEBUNG AM RHEIN GEGENÜBER DEM AKW FESSENHEIM

Sonntag, 19.September 14.00 Uhr (Stände 13.00 Uhr)

Nato-Rampe bei Bremgarten. Zufahrt ab Autobahn;Ausfahrt Bad Krozingen (südlich Freiburg) beschildert.

Sprecher aus Wyhl, Biblis, Malville, Fessenheim, und anderen Orten protestieren anläßlich der alsbald geplanten Inbetriebnahme des französischen AKW Fessenheim und des zum Jahresende drohenden Baubeginns des KKW Wyhl gegen den Ausbau der Kernindustrie und rufen zu vermehrten Widerstand gegen Wyhl und andere Projekte auf. Bericht eines Sprechers aus Seveso.

Unterstützt die Südbadische Bevölkerung im Kampf gegen das KKW Wyhl! Kommt zur Großkundgebung! Veranstalter: Die Badisch-Elsässischen Bürgerinitiativen.

DAS KKW WYHL WIRD NICHT GEBAUT!

DIE GANZ SICHERE KERNENERGIE

FRANKFURT (ID) 9.September

Versicherungsgesellschaften tragen nur solche Risiken, die sie statistisch mathematisch berechnen können, sonst wäre es ja um den Profit geschehen. Sie nehmen solche Fälle aus dem Versicherungsschutz aus, die unsere Welt-, Wert- und Gesellschaftsordnung allzusehr durcheinanderbringen. Bei einer Maschinenversicherung der ‚IDUNA' wird im Vertragstext fröhlich verzeichnet, daß keine Entschädigung geleistet wird bei Krieg, Erdbeben, Ufos usw.; auch nicht bei Schäden, „die durch Streikende oder Ausgesperrte entstehen, die zusammengerottet in die Betriebsgrundstücke eindringen oder widerrechtlich dort verbleiben."

Unter Punkt 2.2.4 wird noch eine schicksalshafte Unbill vom Versicherungsschutz ausgenommen: Schäden „durch Kernenergie".

Realistisch versichert uns IDUNA, daß das Risiko der Kernenergie realistisch gesehen nicht zu versichern ist.

GEMEINSAME ERKLÄRUNG VOM FRAUEN-GRUPPENTREFFEN ZUM § 218

BONN (ID) 7.September Vom 3. bis 5. September trafen sich in Bonn Vertreterinnen der Beratungsgruppen von Frauenzentren aus 17 Städten aus dem gesamten Bundesgebiet. Dort wurde folgende Erklärung gemeinsam verfasst:

„Wir haben in den letzten Jahren Tausende von Frauen unter anderem über Möglichkeiten der Schwangerschaftsverhütung, über Schwangerschaftskonflikte und Abtreibungsmöglichkeiten beraten. Auf diesem Treffen haben wir die zweimonatigen Erfahrungen mit der Anwendung des neuen § 218 ausgetauscht.

Wir mußten feststellen, daß in den meisten Städten für die Frauen, die einen legalen Schwangerschaftsabbruch suchten, das Gesetz keine Erleichterung gebracht hat, im Gegenteil, daß durch die irreführende Berichterstattung in der Presse bei den Frauen falsche Hoffnungen geweckt wurden.

- Die legitimierten Beratungsstellen sind total überlaufen.
- Meistens heißt ‚Beratung': abraten vom Schwangerschaftsabbruch statt beraten, Schuldgefühle wecken, statt erleichtern.
- Die Indikationsstellung hängt von den moralischen Vorstellungen des Arztes und davon ab, was er für Frauen für zumutbar hält.
- Alle katholischen Krankenhäuser weigern sich grundsätzlich, eine Indikation anzuerkennen.
- Bis auf ganz wenige Ausnahmen wird in den anderen Kliniken die soziale Indikation nicht anerkannt, die medizinische nochmals überprüft und dann häufig doch noch abgelehnt.
- In einigen Kliniken ist die Durchführung des legalen Schwangerschaftsabbruchs an Bedingungen gebunden, zum Beispiel anschließende Sterilisation – oder es werden ‚schwarze Listen' geführt, das heißt, daß eine Frau es sich höchstens einmal ‚erlauben darf', ungewollt schwanger zu sein/zu werden.
- Die Durchführung des legalen Schwangerschaftsabbruchs von bereitwilligen Ärzten wird durch die Repression von übergeordneten Stellen zusätzlich erschwert.
- In den meisten Kliniken der BRD wird immer noch nicht die einfachere und schonendere Absaugmethode angewandt; oder: in Uni-Kliniken werden an den Frauen ohne deren Wissen und Einwilligung Experimente durchgeführt.
- Die Erfahrungen haben weiterhin gezeigt, daß die Frauen wegen des bürokratischen Weges, der ihnen aufgezwungen wird, die legalen Möglichkeiten scheuen und nach wie vor ins Ausland fahren.

W I R F O R D E R N:

Wir fordern die Möglichkeit zu einem beratenden Gespräch, das von den Problemen der Frau ausgeht und ihre selbständige Entscheidung respektiert und lehnen die Zwangsberatung ab.

Jede ungewollte Schwangerschaft ist für die Frau eine Notlage und muß als Indikation anerkannt werden.

Es muß in jeder Stadt ausreichende ambulante und stationäre Versorgung gewährleistet sein.

Wir fordern die Anwendung der Absaugmethode!

Solange nicht gen ügend Einrichtungen vorhanden sind, um Schwangerschaftsabbrüche durchführen zu können, müssen die Krankenkassen die Kosten für Fahrten ins Ausland übernehmen.

Die Anträge auf eine Indikationsstellung sind anonym zu behandeln und die Schweigepflicht ist für alle Mitarbeiter verbindlich zu machen.

Wir müssen uns momentan mit unseren Forderungen auf das neue Gesetz einlassen, um den Frauen, die in konkreter Notlage sind, Möglichkeiten und menschenwürdige Bedingungen für einen legalen Schwangerschaftsabbruch zu schaffen. Die Perfektionierung des Gesetzes ist nicht unser Ziel, weil es dem Selbstbestimmungsrecht der Frau, für das wir kämpfen, in jeder Weise widerspricht.

Nach wie vor bleibt unser Ziel die Ersatzlose Streichung des Paragraphen 218!

Die freie Abtreibung muß immer praktisch erkämpft werden, ob gegen einen bestehenden Verbotsparagraphen oder trotz dessen bereits erfolgter Streichung!

Die Beratungsgruppen sammeln alle Informationen über die Anwendung des Gesetzes und planen Anfang des nächsten Jahres ein großes öffentliches nationales Tribunal.

Unterzeichnet haben diese Erklärung die Vertreterinnen der Beratungsgruppen aus: Aachen, Bochum, Bonn, Braunschweig, Darmstadt, Dortmund, Duisburg, Essen, Freiburg, Frankfurt, Gießen, Hannover, Köln, Mannheim, Neu-Isenburg, Nürnberg, Tübingen.

IN TÜBINGEN WIRD WEITER BOYKOTTIERT!

Tübingen (ID) 7.September Der Boykott der Tübinger Studenten gegen die unverschämte Koppelung der Bezahlung der Ersatzgelder an die Rückmeldung wird trotz schriftlicher Rückmeldung und massiver Repressionen weitergeführt. Wie schon berichtet, wurde in einer studentischen Vollversammlung, an der 1500 Kommilitonen anwesend waren, ein Quorum von 2000 festgesetzt, das inzwischen weit überschritten ist.

Mit den fortdauernden ideologischen Spaltungsversuchen und ökonomischen bzw. politischen Repressionen setzten sich 3000 Boykotteure inzwischen auseinander und organisieren erfolgreich ihren Widerstand dagegen. Repressionsmaßnahmen wie Hausverbote gegen Einzelne, Rechtsaufsichtliche Verfügungen gegen AStA und Fachschaften , Raum- bzw. Hausverbote gegen AStA und Ersatzgeldkomitee, angedrohte Anzeigen, Exmatrikulationsandrohungen und last not least, Aussetzung des Bafögs konnten bisher unseren Boykott nicht zu Fall bringen, wie sich dies die Herren von Uni- und Kultusbürokratie wohl vorstellten.

Trotz der Semesterferien gelangen unsere Aktivitäten nicht zum Stillstand. Im Rahmen unserer kontinuierlichen Arbeit veranstalten wir 14-tägig Boykottveranstaltungen, um die inhaltliche Aufarbeitung und politische Einschätzung des Ersatzgeldkampfes voranzutreiben. Die erste Boykottversammlung wurde trotz Raumverbot bei Kerzenlicht in der Mensa durchgeführt. 600 Komilitonen liessen sich durch die Androhung einer Anzeige wegen Hausfriedensbruch nicht einschüchtern. Vor der zweiten Versammlung rückten erneut zwei Hundertschaften Wachtmeister an.

Um dem Konflikt aus dem Wege zu gehen, sah sich der Geschäftsführer des Studentenwerks, inzwischen Anstalt des Öffentlichen Rechts, gezwungen, die Mensa zu schließen. Daraufhin zogen wir mit ca. 800 Boykotteuren durch Tübingen und führten unsere Veranstaltung auf dem Holzmarkt durch. Da uns das Mensaessen verweigert wurde, verpflegten wir uns mit roten Würsten und Bier selbst.

Gestern fand nun die 3.Versammlung statt. Durch unseren massiven Druck sah sich die Mensaleitung gezwungen, uns nicht weiterhin das Recht auf Versammlungs- und Meinungsfreiheit zu verweigern und gab schließlich klein bei, indem sie uns die Mensa zur Verfügung stellte.

Ein Thema dieser Veranstaltung war die angedrohte Aussetzung des Bafögs für den Fall, daß wir uns nicht bis zum 3.9. rückmelden. Daß dies nicht der Fall sein wird, war uns allen natürlich klar. Wir haben deshalb beschlossen, daß wir zur finanziellen Absicherung den Sozialhilfefond aufstocken. Deshalb können wir für jegliche Art von Spenden oder Krediten schon jetzt unseren solidarischen Dank aussprechen. Weiterhin ist ein Hungerstreik vom ersten Tage der Aussetzung an geplant.

Die Unibürokratie versucht durch einen neuen Rückmeldetermin vom 1. – 3.9. erneut die Boykottfront zu spalten. Gegen das daraufhin durchgeführt sit-in in den Räumen der Uni wurde massiv mit Polizei vorgegangen. Das lächerliche an der Situation ist, daß die Polizei nichtvorhandene Boykottbrecher schützen sollte, indem sie ein Spalier für diese bildete.

Dies ist in kurzen Worten der bisherige Verlauf unseres Boykotts. Wer darüber hinaus noch weitere Informationen über Hintergründe und weitere Perspektiven haben möchte, kann den AStA Tübingen, Wilhelmstraße 30, 7400 Tübingen 1, anschreiben.

Unser Motto: Komilitonen bleibt heiter, der Boykott geht weiter!"

JUGENDZENTRUM HAMMERSCHLAG IN SCHORNDORF WIEDER GEÖFFNET

SCHORNDORF (ID)
7. September

Die Spatzen pfeifen es schon von den Dächern: „Die Selbstverwaltung im Hammerschlag ist gescheitert" – es ist zwar erfreulich, daß jetzt schon die Spatzen den ID lesen (siehe ID 122), aber anscheinend können sie es noch nicht richtig:

Wir haben das Jugendzentrum im Mai geschlossen, weil es kurzfristig die einzige Möglichkeit war, das JZ zu retten. Schlägereien, Körperverletzungen, Sachbeschädigungen nahmen so überhand, daß der ganze Betrieb lahmgelegt wurde. Wir haben dann das Haus ein bißchen renoviert und uns ziemlich intensiv mit den Möglichkeiten beschäftigt, wie man mit aggressiven Jugendlichen arbeitet, um sie langfristig integrieren zu können. Wir wollten einen Sozialarbeiter, der mit unserer Unterstützung dieses „Projekt" in Angriff nimmt. Die Stadtverwaltung hatte es plötzlich unheimlich eilig, einen Sozialarbeiter einzustellen. Mit einem recht kuriosen Verfahren wurde dann gegen unseren Widerstand ein Sozialarbeiter ausgewählt. Dieser Sozialarbeiter hat früher im Strafvollzug (Gesprächstherapie) und bei der Paulinenpflege gearbeitet. Nach einem Gespräch mit unserer Vollversammlung zog er dann seine Bewerbung zurück.

Nach dieser Schlappe ist den Herren wieder was neues eingefallen, nachdem sie die Südwand des JZ jahrelang vergammeln ließen, haben sie in dieser Wand „einen statischen Fehler gefunden und haben es seitdem unheimlich eilig mit der Erneuerung dieser Wand; im Herbst sollen angeblich schon die Bauarbeiter anrücken.

Nichtsdestoweniger wird das JZ am 4.9. mit einem Konzert der Bluesgruppe 'Das dritte Ohr' wieder geöffnet – kommet zuhauf!

Wer näheres wissen will, sollte sich das Schorndorfer Blättle Nr. 10 bestellen, gegen Einsendung von 1,50 DM in Briefmarken bei Ernst Bartl, Lange Str. 25, 7060 Schorndorf.

Am 9. September findet in der Schorndorfer Künkelinshalle ein Chile-Veranstaltung statt mit Rudi Dutschke, Juan Miranda, Bischof Frenz etc.. Beginn: 19 Uhr 30.

ROLF POHLES SCHLUSSWORT VOR DEM AREOPAG IN ATHEN

ATHEN (ID)
1. September

Der Areopag, oberster griechische Justizinstanz, hat die Entscheidung um die Auslieferung Rolf Pohles aufgeschoben, und die BRD-Behörden um weitere Informationen nachgesucht. Vor Ende der bisherigen Verhandlungen vor dem Areopag hat Rolf Pohle am 31.8.76 folgendes Schlußwort gehalten:

„1. Ihre Entscheidung ist sehr einfach, wenn Sie das geltende Recht anwenden: das Abkommen vom 1967 verbietet meine Auslieferung.

2. Ihre Entscheidung ist sehr schwer, wenn Sie das geltende Recht anwenden. Der US-Imperialismus hat eine in der Geschichte der Menschheit beispiellose Propagandamaschine zur Verfügung: UPI, AP, dpa, Presse, Rundfunk und Fernsehen in den USA, in Westdeutschland und zu einem großen Teil in Griechenland. Die größten Terroristen der Welt werden ihre psychologische Kriegsführung auch gegen Sie richten, werden Sie als „Helfer der Terroristen" verteufeln. Ihr eigener Justizminister hat schon vor Wochen kapituliert und Ihnen über das westdeutsche Regierungsblatt „Spiegel" die klare Anweisung gegeben, meine Auslieferung zu beschliessen (Spiegel vom 9.8.76, Seite 30).

Nicht wir haben diese Schwierigkeiten für Sie mit denen der griechischen Justiz unter der US-Besatzung verglichen. Das haben die westdeutschen Regierung und ihre Presse getan, die diese Berufungsverhandlung ultimativ gefordert haben. Die sind sich sicher, daß Sie meine Auslieferung beschließen, weil Sie „auch während der Junta-Zeit" Richter am Areopag waren (Zitat aus „Süddeutsche Zeitung" vom 23.9.76, Seite 3).

3. Sie entscheiden nicht drüber, ob ein Garagenbetrüger und Waffenschieber statt dreieinviertel für sechseinviertel Jahre in Westdeutschland gefangen ist. Sie entscheiden über mein Leben. So, wie im Februar 1975 die „Bewegung 2. Juni" über mein Leben, die westdeutsche Regierung über das Leben von Peter Lorenz entschieden haben. So, wie die schwedische Regierung im April 1975 über das Leben von Siegfried Hausner entschieden hat: ein paar Tage nach seiner Auslieferung nach Westdeutschland war er tot. So, wie die westdeutschen Reformfaschisten über Leben und Tod von Katharina Hammerschmidt, Holger Meins, Ulrike Meinhof und von den anderen 200 antiimperialistischen Gefangenen entschieden haben und entscheiden.

4. Sie entscheiden darüber, ob die griechische Justiz Partei ergreift. Partei für die US-Politik der verbrannten Menschheit. Partei gegen die Politik der verbrannten US-Stützpunkte. Partei gegen die Politik der befreiten Menschheit: der Internationale der Befreiungsbewegungen in der 3. Welt und in den Metropolen, die gegen den US-Imperialismus Krieg führen.

5. Wie auch immer Sie entscheiden: die Befreiungsbewegungen – besonders die griechischen, westdeutschen und palästinensischen – werden Ihre Entscheidung zur Kenntnis nehmen und entsprechend handeln. Handeln in dem Bewußtsein, daß jeder Mensch dafür verantwortlich ist, mit allen Mitteln die Blutbäder zu stoppen und zu verhindern, die der US-Imperialismus vor seinen endgültigen Abtritt von der Weltgeschichte anrichtet und anrichten will.

Wir werden siegen."

AUSBILDUNGSVERBOT GEGEN RECHTSANWALT v. PLOTTNITZ

FRANKFURT (ID)
8. September

Der hessische Justiz minister hat mit Brief vom 10. August dem Rechtsanwalt Ruppert von Plottnitz faktisch die weitere Ausbildung von Referendaren verboten. Sein Name sei aus der Liste der „Pflichtwahlstellen zu streichen" Die „mangelnde Eignung", als Grundlage der Begründung leitet die Bürokratie aus zweierlei ab:

1.

„In dem Strafverfahren gegen Schwäger (80KS 4/72 LG Ffm), in dem Ihr Mandant als Verteidiger tätig war, hat sich nach Angaben des Leiters der Staatsanwaltschaft Frankfurt am Main am 28.4.1975 folgendes zugetragen:

„In dem Strafverfahren gegen Karl-Heinz Schwäger wegen Mordes vor der 21. Strafkammer (Schwurgerichtskammer) des Landgerichts Frankfurt (Main) beantragte die Staatsanwaltschaft am 17.4.75 gegen den Angeklagten wegen Mordes eine lebenslange Freiheitsstrafe.

Am 28.4.1975 stand das Plädoyer der Verteidigung an. Während Rechtsanwalt von Plottnitz die Ausführungen zur Sache weitgehend selbst übernommen hatte, überließ er seinem Stationsreferendar Düx das Wort zu einigen „grundsätzlichen" Anmerkungen, die im wesentlichen darin bestanden, daß der Referendar aus dem „Katzenberger-Urteil" längere Passagen vorlas und wiederholt an die beiden anwesenden Sitzungsvertreter der Staatsanwaltschaft die sinngemäße Frage richtete: „Erkennen Sie, Herr Staatsanwalt Henge/Köhler hier nicht die Ausführungen Ihres Plädoyers wieder? "

Diese von dem Referendar benannte „analytische Gegenüberstel-

lung" gipfelte in der Feststellung, daß jeder, der im vorliegenden Falle nicht der Argumentation der Verteidigung folgen und zu einem Schuldspruch komme, sich der Rechtsbeugung schuldig mache. Rechtsanwalt von Plottnitz stellte sich nach einer kurzen Erwiderung der Staatsanwaltschaft zu den Anwürfen des Referendars ausdrücklich hinter die Ausführungen des Herrn Düx."

Aus dieser Darstellung, der Sie in Ihrer Stellungsnahme vom 20.7. 1976 nicht widersprochen haben, ergibt sich, daß der Ihrem Mandanten damals zur Ausbildung zugewiesene Referendar durch Zitierung einer von jedem unbefangenen Dritten als Unrechtsurteil zu bewertenden Entscheidung das Plädoyer der Staatsanwalt schaft in die Nähe nationalsozialistischen Unrechts rückte. Außerdem stellten die Ausführungen, insbesondere der Hinweis auf Rechtsbeugung, den schwerwiegenden Versuch dar, auf die zur Entscheidung berufenen Richter in unzulässiger Art und Weise einzuwirken.

Indem Ihr Mandant dieses in jeder Hinscht unqualifizierte Verhalten seines Referandars nicht nur hinnahm, sondern sogar ausdrücklich billigte, hat er gezeigt, daß er zu einer ordnungsgemäßen Ausbildung von Rechtsreferandaren, wie sie von §§ 20 Abs. 2, 28, 29 JAG sowie von § 59 Abs. 1 BRAO und §§ 1 Abs. 3, 9, 10 und 33 Abs. 1 der Standesrichtlinien gefordert wird, nicht in der Lage ist.

2.
„Gleiches gilt für das Auftreten Ihres Mandanten in dem Strafverfahren gegen Baader u.a. vor dem Oberlandesgericht Stuttgart. (...)
Aus dieser Entscheidung (Plottnitz' Entpflichtung in diesem Verfahren) ergibt sich in augenfälliger Weise, daß es Ihrem Mandanten in jenem Verfahren nicht auf eine sachgerechte Verteidigung ankam, sondern auf eine ständige, mit Verunglimpfungen und Verdächtigungen des Gerichts und anderer Prozeßbeteiligter verbundene Behinderung des Verfahrensablaufs. Dabei ist besonders erwähnenswert, daß Rechtsanwalt von Plottnitz die am 28. 10. 1975 „durch anhaltendes lautes Dazwischenrufen und -schreien" erfolgte stundenlange Behinderung der Verhandlung gemeinsam mit Rechtsreferendar Dr. Temming verübte, dem er kurze Zeit zuvor (bis 1.8. 1975) im Pflichtwahlbereich Strafsachen ausgebildet hatte."

In einer Resolution haben 28 Rechtsreferendare dazu Stellung genommen:

„Mit Empörung verurteilen wir den rechtswidrigen Eingriff in das uns zustehende Recht, die Ausbildung in der Pflichtwahlstation nach eigener Wahl bestimmen zu können (§ 22 Abs. 2 Nr. 5 JAG).

Die Ablehnung des OLG-Präsidenten Kissel, die Kollegin Anette Stock zur Ausbildung dem Rechtsanwalt v. Plottnitz zuzuweisen und die Anregung, der Rechtsanwaltskammer in Frankfurt an das Justizministerium, diesen Anwalt aus einer obskuren „Pflichtwahlstellenliste" zu streichen, entbehrt nicht nur jeder Rechtsgrundlage, sie stellt darüberhinaus ein weiteres Beispiel dafür dar, mit welcher Bedenkenlosigkeit staatliche Institutionen und Standesorganisationen in das Recht der freien Berufswahl und -ausübung eingreifen.

Wr können nicht schweigen,wenn der Angriff auf die Rechte der Strafverteidiger und die Vorbereitung von Berufsverboten ein Ausmaß angenommen haben, das für die internationale Juristenkommission in Genf schon Anlaß war, die BRD neben faschistische Staaten wie Chile, Indonesien, Rhodesien und Spanien einzuordnen. Wir verkennen nicht, daß der Versuch, Rechtsanwalt v. Plottnitz die Befähigung zur Ausbildung von Referendaren zu entziehen, neben der Vorbereitung seines Berufsverbots auch ein weiterer Schritt zur Disziplinierung und Kontrolle kritischer Referendare ist.

Am wichtigsten aber erscheint uns die hier erkennbare Strategie, die Bedingungen,unter denen wir später selbst als Rechtsanwälte zu arbeiten haben, so einzuschränken, daß eine sinnvolle Ausübung dieses Berufs zunehmend unmöglich wird.

Die Liste der jetzt schon von Berufsverbot bedrohten und betroffenen Anwälte in Frankfurt wird immer länger: die Nichtzulassung der Assessoren Knöß und Düx, die Ehrengerichtsverfahren gegen die Anwälte Golzem, Oberwinder, v. Plottnitz, Riedel und Temming bedeuten für uns gefährlichste Versuche, das Recht der freien Advokatur einzuschärnken. Alle diese Anwälte haben nichts anderes getan, als ihre Pflicht als Strafverteidiger zu erfüllen, wie sie der ehemalige CDU-Rechtspolitiker in seinem Handbuch für Strafverteidiger mit folgenden Worten beschrieben hat:

„Verteidigung ist Kampf, Kampf um die Rechte des Beschuldigten im Widerstreit mit den Organen des Staates. .... Die Gewißheit, den Beruf frei von staatlicher Einflußnahme und insbesondere politische motivierten Situationen ausüben zu können, setzt den Verteidiger in den Stand, an der Staatstätigkeit ohne Scheu Kritik zu üben. Das aber ist gerade die Aufgabe des Verteidigers im Strafverfahren, das so gravierend in die Freiheitssphäre des Beschuldigten eingreift.

Er hat sich hier seine volle Handlungsfreiheit zu erhalten und darf keiner politischen Beeinflussung nachgeben." (Hans Dahs, Handbuch des Strafverteidigers, 3. Auflage, Seite 5, RdNr. 17)

Gerade weil wir uns das Recht erhalten wollen, eine Ausbildung als Rechtsanwälte in diesem Sinne zu bekommen, werden wir alle unsere Möglichkeiten nutzen, weiterhin auf der freien Wahl unserer Ausbilder zu bestehen. Angriffe auf deren Rechte begreifen wir als Angriffe auf unsere Rechte, denen wir Widerstand entgegensetzen werden.

Wir fordern die sofortige Wiederzulassung des Rechtsanwalts von Plottnitz als Ausbilder von Referendaren. Wir fordern die sofortige Zulassung der Assessoren Knöß und Düx und die Einstellung der Ehrengerichtsverfahren gegen die übrigen Anwälte.

Wir fordern die vollständige Wiederherstellung unseres Rechts der freien Wahl unserer Ausbilder in der Pflichtwahlstation.

Unterschriften von 28 Referendaren aus Frankfurt."

K.-H. ROTH : HAFTBEDINGUNGEN ÜBERSTEIGEN ALLES DAGEWESENE

BREMEN/BOCHUM (ID) 8. September

Am 2. August wurde Karl-Heinz Roth von Düsseldorf nach Bochum verlegt. In diesem Knast war er bereits im Frühjahr dieses Jahres. Wie es ihm geht, das beschreibt der neueste Rundbrief (vom 5.9.), dem wir folgende Passagen entnehmen:

„Die Gutachter empfahlen eine Verlegung in die Gefängnisklinik Bochum – eine Gefängnisklinik, in der Karl-Heinz Roth schon bei den Untersuchungen im April dieses Jahres durch gravierende Diagnose- und Behandlungsfehler zu leiden hatte.

Gegen diese erneute Verlegung legten die Anwälte sofort Einspruch ein. Sie forderten die Zulassung eines Arztes des Vertrauens ihres Mandanten. Karl-Heinz wurde am 2.8.76 dennoch verlegt. In Bochum war die gesundheitliche Versorgung von Karl-Heinz entsprechend den bisherigen Erfahrungen ungünstig."

„Karl-Heinz erzählte uns, daß sich zusätzlich zu seinen permanenten Spasmen und Koliken verstärkt die Folgen seiner Isolation bemerkbar machen. So klagt er über Ohrensausen, Flimmerbilder wie bei einer kilometerlangen PKW-Stauung im Hochsommer, Schädeldruck, Orthostase. Er fängt irgendetwas an, ohne länger als ein, zwei Minuten bei einer Sache verweilen zu können. Er hat einen feinschlägigen Tremor (Zittern) an den Händen und unkontrollierte Zuckungen der Gesichtsmuskulatur. Schweißausbrüche werden wenig später von Schüttelfrösten abgelöst. Seine Konzentration läßt mehr und mehr nach.

Am 27.8.76 wurden in der Bochumer Klinik Bergmannsheil die lang ausstehenden Darmuntersuchungen durchgeführt. Dem von den Anwälten vorgeschlagenen Vertrauensarzt ist die Behandlung und Untersuchung von Karl-Heinz verweigert worden, obwohl jeder Untersuchungsgefangene ein verfassungsmäßig garantiertes Recht auf einen Arzt seines Vertrauens hat. Dem vorgeschlagenen Vertrauensarzt sollte nur gewährt werden, der Darmuntersuchung beizuwohnen. Dies jedoch lehnte er ab. Bei der Koloskopie (Dickdarmspiegelung) wurde festgestellt, daß ein tiefer Abschnitt des Darms, das Sigma, massiv ausgeweitet und nerval gestört (atonisch) ist. Eine Verengung des Darms bestand nicht, auch waren die Schleimhäute normal, sodaß die Annahme einer nervalen Störung dieses Darmteils berechtigt erscheint.

Unser lang vermuteter Verdacht wird durch diesen Befund bestätigt, nämlich, daß durch die Schußverletzung die autonomen Nervenbahnen dieses Darmabschnittes irreparabel geschädigt sind. Was heißt das für die Gesundheit von Karl-Heinz? Die Schädigung des Darms bewirkt, daß der Stuhl nicht abgeführt wird und sich zurückstaut. Karl-Heinz kann nur alle vier Tage (nach Kleie und Abführmitteln) unter Schmerzen und Darmkrämpfen abführen. Er selbst schilderte uns einen Zustand so: jeweils an dem Tag, an dem er abgeführt hat, ist er einigermaßen beschwerdenfrei. Anschließend nehmen Spasmen und Koliken im Laufe der vier Tage an Intensität und Länge erneut zu. Jeder von uns wird sich vorstellen können, was das für ein unerträglicher Zustand ist. Dieser objektive medizinische Befund beweist vor allem unseren in der Öffentlichkeit immer wieder erhobenen Vorwurf, daß Karl-Heinz ständig mit einem neuen Darmverschluß rechnen muß, solange nicht die Ursachen seiner schweren Darmstörung behoben sind.

Erst nach 15 Monaten und nachdem Karl-Heinz mehrmals lebensgefährlich erkrankt war, ist nun diese schwerwiegende Diagnose gestellt worden. Deswegen halten wir nach wie vor unsere Forderung nach Haftverschonung für Karl-Heinz aufrecht und werden, um seine Gesundheit zu schützen, diese Forderung weiterhin in der Öffentlichkeit vertreten."

„DIE JUSTIZ DREHT DURCH"

„Wie sehen nun die „medizinischen Indikationen" für Karl-Heinz im Bochumer Gefängniskrankenhaus aus? Doppelt vergitterte Einzelzelle, 7 Quadratmeter groß, Nachbarzel len leer, ein zweiter Spion an der Zellentür mit Weitwinkelobjektiv und zwei zusätzliche Scheinwerfer, außen angebracht, machen die Zelle nach Ausschaltung der Zellenbeleuchtung um 22 Uhr taghell. Doppelpatrouille vor dem ohnedies bereits zusätzlich ummauerten Kliniktrakt, die Zelle durch ein Doppelschloß verriegelt.

Diese Maßnahmen zielen auf zweierlei: totale Isolierung bei gleichzeitiger totaler Beobachtung.

Diese unerträgliche Schikane bei einem schwerkranken Menschen machen die Absicht und Methode dieses Strafvollzugs allzu offensichtlich: sie dienen der bewußt in Kauf genommenen physischen und psychischen Zerstörung der Gefangenen. Ein derart brutalisierter Terror kann nach Meinung des Gefangenen speziell in der Bochumer Gefängnisklinik praktiziert werden. Die Ärzte dort sind absolut unter der Fuchtel von Staatsschutz und Justiz und das Personal weitgehend noch geprägt von nazistischer Kasernenhofmentalität. Etliche, namenlose Gefangene sind dort schon einsam verreckt: keine Haftverschonung, kein Pardon.

Der Kliniktrakt wird nach außen zur waffenstarrenden Festung umgebaut, mit riesigem Geldaufwand. Und drinnen gibt es noch nicht einmal einen Bettenaufzug. Die Betten können nicht aus den Zellen geschoben werden. Für eine innere Akutklinik sind die Zustände im Bochumer Knastkrankenhaus einfach unglaublich."

„Karl-Heinz selbst sagt, daß seine jetzigen Haftbedingungen alles bisher Dagewesene übersteigen. In Düsseldorf und Bochum lagen auch schon Baader, Meinhof, Zahl, Rösner — nur um ein paar Namen zu nennen. Aber — so sollen „Hausarbeiter" sich wiederholt gegenüber Karl-Heinz geäußert haben — einen solchen Zinnober habe es nur bei ihm gegeben. Für diese unerträgliche Haftverschärfung nimmt Karl-Heinz verschiedene Gründe an:

1.
Der Justizapparat dreht durch, wei ihm langsam dämmert, daß seine Strategie, eine Maximalstrategie ohne Basis, nicht aufgehen wird. Beispielsweise äußerte sich ein Beamter während einer Zellendurchsuchung gegenüber Karl-Heinz folgendermaßen: „Sehen Sie mal zu, daß draußen nicht so viel Wind gemacht wird mit Ihnen! Je mehr Wind draußen, desto mehr kriegen Sie hier drin auf den Kopf!"

2.
Das Gefängnispersonal ist nicht einheitlich. Mit einem Teil von ihm gibt es durchaus partielle Verständigungsmöglichkeiten. Dadurch, daß K.-H. in dieser Extremsituation sich bemüht, noch differenziert zu reagieren, kann er zugleich, wie er erzählte, eine Erschütterung der Terroristen-Imago von innen her wahrnehmen. Die Folgereaktion und um jeden Ansatz von Fraternisierung im Keim zu ersticken, ist: potenzierte Isolation, ein System, das sich ohne jede Fassade präsentiert."

Am 26. August hat deshalb sein Anwalt D. Hartmann die Rückverlegung von K.-H. Roth in das chirurgische Krankenhaus der JVA Düsseldorf beantragt.

KARL-HEINZ ROTH : BRIEF AUS DEM KNAST

BOCHUM(ID) 5. September

Karl-Heinz Roth lebt. Das ist, vor allem nach seiner schlimmsten Krise Anfang Juni und nach Ulrike Meinhofs Tod am 9. Mai (seit genau diesem Tag vor einem Jahr ist er mit Roland Otto in U-Haft), fast ein Wunder. Denn trotz schwerster Verletzungen wird sein Antrag auf Haftverschonung noch immer abgelehnt. Im Gegenteil, mehrmals wurde er „verschoben" zwischen den Knästen in Düsseldorf und Bochum, und das in lebensgefährlichem Zustand. Anfang August hat er aus der JVA Bochum, wo er seit kurzem ist, geschrieben:

„Lieber ...
wenn jemand im Knast „auf Transport geht" — ein typischer Jargon — dann ist das immer eine brutale Angelegenheit. Aus heiterem Himmel kommt das Kommando: Sachen packen. Dann hast du kaum mehr eine Stunde Zeit, um all das zu katalogisieren und zu retten, womit du irgendwie die letzte Überlebensphase organisiert hattest.

Das sind die Zäsuren in der Isolation, die sich vor dir durch ihre immense Hektik, Nervosität, aber auch in Gestalt der Superbegleitmannschaft in Kampfdrillichs und auch sonst mit allem drumund dran in Szene setzen, und dann irgendwie ganz unwirklich bleiben.

Am schlimmsten ergeht es dir auf der Fahrt, wo du, eine für die Besitzer recht kostbare Sache, mit Blaulicht und Vorfahrt auch bei roter Ampel ins nächste Lagerhaus verfrachtet wirst. Aus den Fensterschlitzen beobachtest du Fetzen von Wirklichkeit, sagen wir den wiegenden Gang eines hübschen Mädchens, oder eine Gruppe von Rentnern, die heftig zu disputieren scheint, was einen ungeheuer vielfältigen Augenblick produziert, den zu beschreiben hunderte von Seiten verlangen würde.

Gleichwohl erkennst du an diesen Realitätsfragmenten die Menschen, die deine Brüder und Schwestern sind.

Du winkst ihnen mit erhobenen gefesselten Händen zu, ganz einfach, weil du sie in ihrem Dasein wahrnimmst wie nie zuvor.

Aber sie erstarren dann entsetzt zu Salzsäulen und halten Maulaffen feil. In diesem Augenblick begreifst du, daß du gar keine Zäsur erlebst, sondern selbst permanente, abgetrennte Zäsur bist. Nichts von dem, was kommt, trennt dich wirklich von der Vergangenheit.

Danach das Unwirkliche. Abgetrenntsein von allem, was deine menschlichen Relikte ans Existieren fesselte, von den Büchern, Zeitungen, Briefen, Karten. Vor dem Abtransport aus Düsseldorf habe ich noch in wilder Eile die Repro- und Fotowand abmontieren müssen. Sie war ganz schön in die Breite gewachsen; ich war vor ihr auf- und abmarschiert, von einer Situation zur anderen gesprungen, wenn es mir schlecht ging oder der Körper rebellierte.

Daraus wird hier nichts mehr, denn ich bin wieder beim Zellenminimum unter 8 Quadratmeter angelangt. So werd ich auch auf den blühenden Obstgarten in Griechenland und die in Frankfurt für mehr Lehrer demonstrierenden Eltern verzichten müssen. Ohne die Präsenz der Fotos werden die Assoziationen allmählich wieder verlöschen, die ich damit verknüpfte. Den minimalen Raum werde ich mit den paar Demos und Karten ausfüllen, die in der jüngsten Zeit gekommen sind ...

Sei herzlich umarmt, Karl-Heinz Roth."

Besuchsanträge sind und bleiben wichtig. Sie sind zu stellen beim Landgericht Köln, 11. Große Strafkammer/Schwurgericht, 5000 Köln 1.

HORROR–ALLTAG IN BRD–GEFÄNGNISSEN

DARMSTADT (ID) 9.September — Vom Arbeitskreis Kritischer Strafvollzug erhielten wir die beiden nachstehenden Meldungen über den Horror-Alltag in Westdeutschen Gefängnissen. In diesem aus der JVA Darmstadt:

GEFANGENER IN JVA DARMSTADT BEINAHE VERHUNGERT

Durch Unachtsamkeit der Vollzugsbeamten drohte kürzlich ein Gefangener des Hauses S 3 der Justizvollzugsanstalt Darmstadt zu verhungern. Als am Morgen des 20.8.76 die Zelle des Gefangenen T. aufgeschlossen wurde, schrie er laut. Die Beamten glaubten, der Gefangene wolle nicht zur Arbeit; sie verschlossen die Tür wieder.

Daraufhin begann der Gefangene erneut zu lärmen. Den Beamten kamen schließlich Bedenken und sie öffneten die Zelle wieder. Bei näherem Hinsehen stellten sie nun fest, daß T. körperlich sehr geschwächt war; er konnte nicht einmal aus eigener Kraft mit Ihnen ins Lazarett gehen. Deswegen brachten die Beamten ihn dann in einer Schubkarre dorthin. Im Lazarett wurde festgestellt, daß T. völlig abgemagert und nahezu verhungert war.

T. ist aufgrund seiner Zugehörigkeit zu einer Religionsgemeinschaft Vegetarier. Als solcher war er von der Vollzugsanstalt nicht ausreichend verköstigt worden. Den diensttuenden Beamten der Station war der körperliche Verfall des Gefangenen nicht aufgefallen.

Dieser Vorfall zeigt, daß einigen Vollzugsbediensteten der Darmstädter Anstalt elementarste Voraussetzungen zur Ausübung ihres Berufes fehlen; sie sind nicht einmal in der Lage zu erkennen, wenn ein Gefangener auf ihrer Station langsam verhungert. Obwohl die unzureichenden Ausbildungsbedinungen der Vollzugsbediensteten dem Justizministerium seit langem bekannt sind, war es bisher immer noch nicht bereit, hier die dringend erforderliche Abhilfe zu schaffen. Offenbar ist die Justiz derzeit so stark mit der Erfindung neuer überflüssiger Sicherheitsvorkehrungen beschäftigt, daß es ihr überhaupt nicht auffällt, wenn ein solchermaßen ‚gesicherter' Gefangener langsam verhungert.

ARBEITSUNFALL IN DER JVA DECKT GEFÄHRLICHE ARBEITSBEDINGUNGEN AUF

Um ein Haar tödlich verlief ein Arbeitsunfall, der sich am Sonntagabend am 15.August 76 gegen 22.30 Uhr in der JVA Darmstadt ereignete. Ein Untersuchungsgefangener war zu solch später Stunde noch damit beschäftigt, mit Hilfe von Nitroverdünner Kugelschreiberteile zusammenzukleben.

Diese Tätigkeit mußte er auch noch nach dem Beginn der allgemeinen Nachruhe ausüben, um die von ihm geforderte Arbeitsleistung erbringen zu können. Weigert sich nämlich ein Gefangener auf Haus 1 der JVA Darmstadt, eine überhöhte Arbeitsleistung zu erbringen (zwei bis drei Pensen pro Tag, normal ist ein Pensum), muß er in der Regel mit dem völligen Entzug seiner Arbeitsmöglichkeit rechnen. Keine Arbeit aber Bedeutet für einen Gefangenen kein Geld und damit keine Einkaufsmöglichkeiten.

Um also diese erhöhte Arbeitsleistung erbringen zu können, arbeitete der Untersuchungsgefangene auch noch nach der Lichtlöschung. Durch ein Versehen entzündete sich am Sonntagabend der Nitroverdünner unkontrolliert und fügte dem Gefangenen Verbrennungen an den Händen, im Gesicht und am Rücken zu.

Wäre er — Wie es für U-Gefangene die Regel ist — allein auf der Zelle gewesen, so wäre er — mangels einer auch nachts funktionierenden Meldeanlage sowie Feuerlöscheinrichtungen auf der Zelle — wahrscheinlich hilflos verbrannt. In diesem Falle jedoch konnten Mitgefangene die Flammen mit Hilfe von Decken ersticken. Danach begannen die Gefangenen in ihren Zellen zu lärmen, um so die Aufmerksamkeit der Wachbediensteten zu wecken. Erst nach Verlauf einer Dreiviertelstunde traf der Notarztwagen in der JVA ein. Der Gefangene erlitt Verbrennungen 2. und 3. Grades.

Dieser Vorfall wirft verschiedene Fragen auf:

1. Wie ist es möglich, daß Gefangene auf Zellen mit gefährlichen Chemikalien arbeiten, ohne daß die erforderlichen Sicherheitsmaßnahmen (Ventilator, Feuerlöschgerät, funktionierende Rufanlage) vorhanden sind?
2. Wieso billigen die Anstaltsbediensteten, daß die Gefangenen ihre Arbeit auch des Nachts ausüben (sie können dies ja durch die Zellenspione beobachten)?
3. Wann stellt die Anstaltsleitung die seit Jahren geübte Praxis ab, Gefangene unter den Leistungsdruck zu setzen, mehr als ein Pensum pro Tag zu arbeiten, um ihre Arbeitsmöglichkeiten zu behalten?

Arbeitskreis Kritischer Strafvollzug
6100 Darmstadt, Nieder-Ramstädter Straße 30

HASSAN TÖREYEN GEGEN HOHE KAUTION AUS DEM GEFÄNGNIS

FRANKFURT (ID) 8. September — Gegen eine Kaution von 20.000 Mark und der Auflage, sich täglich bei der Polizei zu melden, wurde der türkische Arbeiter Hassan Töreyen aus sechsmonatiger U-Haft entlassen. Ungeachtet den Bemühungen seiner Anwältin war der Haftprüfungstermin erst nach sechs Monaten angesetzt worden. Hassan war Arbeiter bei der Strumpffabrik Eles in Bleidenstadt und hatte mit hundert anderen Kollegen und Kolleginnen zusammen gegen die Arbeitsbedingungen und für besseren Lohn gestreikt. Nach Streikende kam es zu einem Gerangel mit Streikbrechern. Dabei soll Hassan einen der türkischen Streikbrecher mit vier Schüssen verletzt haben. Wer für die Kaution oder überhaupt, um ihm in dieser schwierigen Situation zu helfen, Geld überweisen kann, soll das auf folgendes Konto tun:

G. Müller, 84533161/01 Dresdner Bank Frankfurt, Stichwort: Hassan-Solidarität.

Kontaktadresse: Traute Hartmann, Seumestraße 11, 6000 Frankfurt.

I N T E R N A T I O N A L E S

DIE PHANTASIE WIEDER MAL VON DER WIRKLICHKEIT ÜBERHOLT

SEVESO (ID/KONZEPT) 8.September — Ursprünglich hatten wir vor, eine Satire des Zürcher ‚Focus' zu Seveso zu übernehmen. Nach der Zusammenstellung, die Leo Keller für die Schweizer Studentenzeitung ‚Das Konzept' gemacht hat, ist wieder mal klar, wie viel näher wir der Katastrophe sind, als uns weisgemacht wird, so ist die Satire von der Wirklichkeit überholt worden:

Samstag, 10. Juli 12.00 h: Im Trichlorphenolkessel ereignet sich eine spontane, ungeklärte Reaktion, wobei sich größere Mengen TCDD (2,3,7,8-Tetrachloro-dibenzo-p-dioin) bilden; eine purpurne Wolke, die etwa 2 kg TCDD und 300 kg Trichlorphenol enthält, entweicht.

21.Juli: Die erste Pressemeldung in der Schweiz erscheint: ‚Rom (sda)"Zwei kleine Industriedörfer am Rand von Mailand leben in Angst und Schrecken, weil vor einer Woche eine Gaswolke aus einer chemischen Fabrik entwichen war. Erst Tage später zeigten sich in den Orten Seveso und Meda die ersten Auswirkungen.

Haustiere begannen aus Nase und Ohren zu bluten und fielen tot um. Die Blätter an den Bäumen fielen ab und das Gemüse in den Gärten verwelkte. 14 Kinder wurden ins Spital gebracht. Auf ihrer Haut hatten sich Verbrennungserscheinungen wie bei einem starken Sonnenbrand gezeigt. Die Behörden erklärten die Dörfer zum Sperrgebiet und erwogen eine Evakuierung der gesamten Bevölkerung. Bisher blieben die Einwohner jedoch am Ort." (NZ)

22.Juli: ‚Wird die tatsächliche Gefahr verharmlost? ' Givaudan, Mutterfirma der Icmesa, gibt bekannt, daß eine Giftwolke mit ‚einem Aerosol ausgestoßen wurde, das über einer benachbarten Fläche von 2 bis 3 Hektaren zumeist unbebautem und nicht besiedeltem Land niederging.' Givaudan erteilt keine Auskunft über die Art des Gifts. ‚Die Situation verschlechtert sich insofern, daß nun auch Hunde und Katzen verenden.'
Vier weitere Personen werden ins Spital eingeliefert, 2 Fabriken werden geschlossen, nachdem die Arbeiter Vergiftungen zeigten. Die Arbeiter der Icmesa weigern sich, vor Abklärung der tatsächlichen Gefahr und geeigneten Sicherheitsmaßnahmen ihre Arbeit wieder aufzunehmen. Sie wenden sich vor allem gegen eine Verharmlosung des Vorfalls.

23.Juli: Dorfbewohner von Seveso fliehen. 80 Kinder werden evakuiert. Weitere Personen im Spital. Icmesa wird geschlossen (13 Tage danach!). Zwei Direktoren werden verhaftet. Das Gift wird als die hochgiftige Substanz TCDD offiziell identifiziert (TCDD wurde in Vietnam als Entlaubungsmittel eingesetzt.) In Rom herrscht Ratlosigkeit.

24.Juli: Heftige Gewitter waschen das Gift auf den Boden und in die Kanalisation. Die Direktoren werden wieder freigelassen, um die Stillegung des Werks zu leiten. Die Bevölkerung ist empört über den leichtfertigen Optimismus der lokalen Behörden und die Bagatellisierungsversuche von Rom.

25. Juli: In Seveso herrscht höchste Alarmstufe. ‚Jetzt sind auch die Behörden vom Ernst der Lage überzeugt. 179 Bewohner werden aus einer Gefahrenzone von 2,3 qkm evakuiert, statt 0,6 qkm, wie bisher angenommen.

27. Juli: Trotz dem Regen breitet sich das Gift weiter aus. 30 Menschen im Spital. Tiere in anderen Dörfern sterben auch. Zone B (55 Hektar) soll nicht evakuiert, aber medizinisch beobachtet werden.

28.Juli: Weitere 20 Personen werden evakuiert. Vergiftungsfälle auch in den Dörfern Cesano, Maderno, Seregno, Desio. Givaudan hat am 24.Juli erklärt, daß für ‚gesunde Menschen außerhalb der 4 bis 5 schwer kontaminierten Hektar keine direkte Gefahr besteht.'

30.Juli: Die entwichenen 2 kg TCDD reichen für die tödliche Vergiftung von ca. 10 Mio. Menschen . Die Evakuation von weiteren 500 Personen wird angekündigt. Alle schwangeren Frauen müssen sich wegen möglicher Mißbildungen der Föten untersuchen lassen.

31.Juli: Insgesamt müssen 1000 Personen evakuiert werden. Eine weitere Ausdehnung der Gefahrenzone sei nicht zu befürchten. (‚NZZ')

3.August: Die Zone B wird in die absolute Gefahrenzone integriert und vollständig abgesperrt. Weitere Evakuierungen werden notwendig (‚NZZ') Behörden versichern, daß keine weiteren Evakuierungen stattfinden werden.

4. August: Schwangere Frauen und Kinder der benachbarten Dörfer (Desio, Cesano, Maderno) sollen evakuiert werden. Die Regierung erlaubt die Abtreibung für ‚verseuchte Schwangere'. Der Vatikan stellt sich dagegen. Mißbildungen sind mit Sicherheit zu erwarten.

5.August: TCDD-Konzentrationen wie in der Sperrzone (115 Hektar) wurden auch außerhalb gefunden. In der neuen Warnzone (205 Hektar) leben ca. 3000 Personen. Die Firma Bayer-Leverkusen stellt Trichlorphenolproduktion ein.

6.August: Eine britische Firma stellt die Trichlorphenolproduktion ebenfalls ein. Direktoren der Icmesa zum zweiten Mal verhaftet.

10.August: Im Auftrag der Zentralstelle für Gesamtverteidigung (ZGV) haben Schweizer das Katastrophengebiet besucht. „Seveso veranschaulicht für unser Land die Gefahr, die von solchen Unfällen ausgeht. Die Katastrophe stärkt in der Schweiz bestimmt die Motivation, das bestehende Sicherheitssystem zu verfeinern. Im Notfall verfügt die Schweiz allerdings schon über große Trümpfe", meint ZGV-Direktor H.Wanner zur SDA.

12.August: 5000 Stück Vieh wurden bisher getötet und eingeäschert. 113 Frauen sind unter 3 Monate schwanger und ‚können abtreiben'. 40 Betriebe stehen still.
Hoffmann-LaRoche und Givaudan geben 34 Tage nach dem Ereignis ihre erste Pressekonferenz. Sie sichern volle Schadendeckung zu. Die Börsenbewertung des Roche-Aktienkapitals sank seit dem 10.Juli um ca. 1,2 Mrd. sFr.

24.August: Bundespräsident Gnägi drückt (6 Wochen danach) dem italienischen Ministerpräsidenten die ‚tiefe Betroffenheit' des Bundesrates und d es Schweizervolkes aus. Die Lage in Seveso nach dem Unglück könne ‚uns nicht unberührt lassen'. Gnägi wünscht, „der großen Sympathie...besonders für die Mitbürger, die ihre Heimstätten verloren und deren Alltag durch die unvorhersehbaren Folgen des Unglücks durcheinandergebracht wurde, Ausdruck zu geben".

HOFFROCHE: VALIUM UND KAMPFGAS – ZWEI SEITEN DER GLEICHEN MEDAILLE

ITALIEN/SCHWEIZ/BRD (ID)
6. September

Das ausgeströmte Giftgas TCDD in Seveso war nicht bloß ein Abfallstoff in der Produktion des Kosmetikagrundstoffes Tcph. Im Gegenteil, TCDD wurde wöchentlich in drei Kilos für die in Deutschland stationierten Nato-Truppen als Kampfgas und bakteriologischer Kampfstoff produziert. La Roche hat nicht nur mit Riechfläschchen und Kopfwehtabletten zu tun. Sie unterhält auch eine streng geheim gehaltene „Waffen- und Kriegsproduktion", mit denen sie Tausende von Quadratkilometern vergiften und jegliches Leben zerstört werden kann.

Dies alles ist durch die italienische Wochenzeitung „L'Espresso" vom 9.8.76 enthüllt worden. Wir bringen im folgenden eine leicht gekürzte Übersetzung dieses Artikels.

(Übrigens hat die Givaudan-Geschäftsleitung schon dementiert, aber sie können natürlich nicht leugnen, daß ein Roche-Direktor solche Informationen an den „Espresso" weitergegeben habe. Auch die Nato-Leitung in Italien hat dementiert, gleichzeitig aber eine interne Untersuchung angeordnet, um die Offiziere herauszufinden, die den „Espresso" über den gleichen Sachverhalt informiert haben.)

„Die Icmesa produzierte TCDD für die Nato, sowie andere Gase, die noch weit giftiger sind als das TCDD. Roche und ihre verbündeten Autoritäten konnten die voraussehbare Verseuchung durch die Giftwolke sehr früh abschätzen, ohne es jedoch für nötig zu halten, die italienischen Behörden sogleich zu informieren. So bekommen Verzögerungen , Unterlassungen und gewisse Entscheidungen einen Sin n , welche bisher in unserem eigenen Land nicht verständlich waren.

Einige haben es vermutet. Doch erst jetzt erhalten wir eine Bestätigung anhand einiger Zeugnisse, welche L'Espresso gesammelt und durch Nachforschungen kontrolliert hat. Die ersten Aussagen erhielten wir von einem Direktor der Hoffmann-La Roche, welcher am 30. Juli spontan mit unserer Zeitung Kontakt aufgenommen hat:„Am Montagmorgen, 12. Juli, zwei Tage nach dem Entweichen der Giftgaswolke telefonierte die Icmesa mit der Givaudandirektion – Muttergesellschaft der Icmesa in Vernier bei Genf – um sie über den Unfall zu informieren. Die Direktion hörte mit Aufmerksamkeit ja mit Spannung zu, denn sie ist voll über die Hintergründe der Icmesaproduktion informiert. Diejenigen von Icmesa hingegen wissen weniger: sie scheinen nicht besorgt zu sein. Der Icmesa Direktor Herwig von Zwehl weiß, daß einige Produkte gefährlich und geheim sind, jedoch kenne er die wahre Natur und Bestimmung der heiklen Produkte nicht, wie er dem Richter erklärte. Er beschränkte sich darauf, „auszuführen und ausführen zu lassen". Genau wie der Produktionsleiter Paolo Paoletti (Kommunist). Er wurde erst kürzlich angestellt,und auch er ist in Unkenntnis über den Charakter des Unternehmens.

In jedem Fall, die Givaudan ist besorgt und informiert umgehend die Spitze der Hoffmann-La Roche, ihrer Muttergesellschaft. Beide kennen die Tatsache, daß die Icmesa TCDD (Tetrachlor-di-benzo-

dioxin) produziert, eine der grundlegenden Komponenten für die tödlichen Entlaubungs- und Unkrautvertilgungsmittel, die im Vietnamkrieg verwendet wurden. Ebenso wissen sie in Basel und Genf genau, daß „dank dem speziellen Produktionsprozeß und einer vierten Komponente (zusätzlich zu den drei offiziellen angegebenen) die wöchentliche Produktion von drei Kilos TCDD anstatt der „normalen" 300 Gramm ist".

Ist es möglich? Unser Gesprächspartner hat darüber keine Zweifel und behauptet, daß eine sorgfältige Untersuchung des Reaktors und der Abfallprodukte dies bestätigen würde, vorausgesetzt, daß die Fabrik in diesen Tagen weder „besucht" noch die richterlichen Verfügungen verletzt worden wären.

Die zweite Enthüllung: Die Icmesa produzierte außer TCDD eine andere Substanz für militärische Zwecke: den Grundstoff für ein noch experimentelles giftiges Gas, welches Sp 121 genannt wird.

Weiter behauptet unser Zeuge, daß der Produktionsprozeß, welcher für die Icmesa „erfunden" wurde, die Gefahren auf das Zehnfache erhöhen würde, weil die Fabrik nur für die Produktion von normalem Tcph (Trichlorphenol) projektiert wurde, sodaß die erforderlichen Änderungen ungewöhnlich viele Versuche und Kontrollen erforderten.

Offensichtlich ist in Genf und in Basel Gefahrenalarm, „auch wenn der Hoffmann-La-Roche noch wichtige Einzelheiten über den Zustand der Atmosphäre Sevesos zum Zeitpunkt des Unfalles fehlen". Das Ausmaß der Katastrophe hängt auch von der TCDD-Konzentration in der Giftgaswolke ab, zum Zeitpunkt, als sie sich absetzte.

Die Icmesa wird sofort beauftragt, einige Proben in die Laboratorien von Genf und Zürich zu senden. Die Proben kommen am Dienstagmorgen an und werden innerhalb weniger Stunden analysiert. Schon am Dienstagabend weiß man, wie außergewöhnlich gefährlich die Situation ist. Die Bestätigung kommt am folgenden Tag, an dem die ersten Tiere verendeten und Menschen in Spitalpflege gebracht werden müssen.

Nun würde man erwarten,daß die Hoffman-La-Roche die Behörden sofort benachrichtigt. Das ist aber nicht so. Kontakt aufgenommen wird mit den Auftraggebern, der NATO. TCDD und das mysteriöse Sp 121 werden nämlich in Deutschland von speziellen deutschen und amerikanischen Abteilungen, die mit Kampfbasen arbeiten, verwendet. Diese Chemikalien erreichen Deutschland allerdings von Amerika und England aus, die sie wiederum von der Icmesa aus der Schweiz erhalten. (Unser Gesprächspartner behauptet, daß analoge Produkte auch aus der Türkei geliefert werden, wo eine Fabrik der Hoffmann-La-Roche-Gruppe sich mit ähnlichen oder identischen Produktionen befaßt)

Aufgrund einer Untersuchung haben wir herausgefunden, daß diese Abteilungen für Kampfgase in Europa in der zweiten Hälfte des letzten Jahres verstärkt wurden: Es ist unter diesem Aspekt interessant zu wissen, daß diese Daten mit der Wiederaufnahme der TCPH-Produktion bei der Icmesa zusammenfallen, nachdem diese für eine längere Zeit unterbrochen worden war. In jedem Fall wurde die NATO über bestehende interne, sehr interne Kanäle von Basel aus informiert.

In der ersten Woche wurden zwei Ziele verfolgt:

Erstens die Bestandsaufnahme von Militärtechnikern in Zivil, die der amerikanischen Armee angehören und in Vicenza und Karlsruhe stationiert sind. Wie „l'espresso" aus Quellen von amerikanischen Militärs erfahren konnte, haben zwei Personen am 2.7. die Icmesa besucht: einer ist ein griechisch-amerikanischer Offizier aus Deutschland, genannt Siotis. Dieser Siotis hat Erd- und Wasserproben in dem verseuchten Gebiet veranlaßt und ebensolche zur gleichen Zeit in Cinisellio, Monza, Milano und Lodi. Alle Proben wurden in dem sehr gut ausgerüsteten militärischen Labor in Vicenza untersucht. Sie ergaben, so scheint es, beunruhigende Ergebnisse, darüber, daß die versuchte Zone weitaus größer sein muß. (Identische Information erhielt eine Tageszeitung aus dem Norden von einer anderen amerikanischen Militärperson.)

Zweitens wird der Icmesa übereinstimmend von der Hoffman-La-Roche und der NATO nahegelegt, die Spuren der TCDD-Produktion sowie des mysteriösen Grundstoffes, des Giftgases Sp 121, trotz aller technischen Schwierigkeiten verschwinden zu lassen.

Es gibt einige Zeugenaussagen darüber, daß viele Eingriffe an verschiedenen Anlagen in den ersten Tagen nach dem Unfall und vor dem Streik, der die Icmesa lahmlegte, unternommen wurden. Es ist daran erinnert, daß erst am 18. Juli der Erlaß herausgegeben wurde, die Fabrikhalle des TCPH zu beschlagnahmen. Trotz den Protesten des Betriebsrates versuchte man lange, den Reaktor zu entleeren oder die Überreste zu verändern, ohne daß die Resultate der Analysen publiziert worden wären.

Inzwischen haben die Behörden das Ausmaß der Katastrophe begriffen. Es beginnt der dritte Teil, der immer noch andauert. Die Interventionen sind schwach und kommen zu spät. Die Gefahr wurde unterschätzt. Die Zukunft scheint gänzlich unbestimmt. Jetzt scheint nur eine Sache sicher zu sein: „Wir haben immer den Verdacht gehabt, daß wir mit der Kriegsindustrie zu tun haben, daß die militärischen Behörden aus diesem oder jenem Grund schon immer im Spiel gewesen sind", erklärt der Präsident der Region Lombardei, Golfari, dem „l'espresso". Golfari hat zudem eine Untersuchung über die wirkliche Bedeutung der Icmesa beim Innenministerium verlangt.

Wer weiß, ob diese Untersuchung etwas erbringen wird. Und wer weiß, ob die Richter werden feststellen können, was die Icmesa tatsächlich produziert hat, wie und von wem die späten und einseitigen Informationen über die Giftgaswolke herausgegeben wurden, von wem und warum die Fäden dieser Angelegenheit so gezogen wurden. Als erstes wäre es interessant zu erfahren, was noch im Reaktor des PCPH drinnen ist. Falls wir nicht zu spät sind, könnten wir von daher die Erklärung bekommen, warum wir uns in Italien als euorpäische Kolonie fühlen."

(l'espresso vom 9.8.76)

EIN UNIKUM IN DER WIRTSCHAFT

Die Hoffroche ist bezogen auf den Umsatz mit ca. 5 Milliarden Franken und 37.000 Beschäftigten das fünftgrößte Industrieunternehmen in der Schweiz. Auf der Weltrangliste aller Firmen außerhalb der USA figuriert sie an 113. Stelle. Die Einnahmen werden zu 60 % mit Pharmazeutika, zu 20 % mit Feinchimikalien, zu 10 % mit Riechstoffen und zu 10 % mit Bioelektronik, Diagnostik und Kosmetik erzielt. Die Gesellschaft ist geografisch breit gestreut. Nur etwa ein Viertel der Produktion und ein Drittel der Forschung entfallen auf die Schweiz.

Bei allen Produkten, die Roche anbietet, hat sie eine starke Marktstellung, die sie unter dem Schutz von Patenten eroberte. Im Pharmabereich ist sie der Weltgrößte, vor den US-Konzernen American Home Products und Merck & Co. und der Ciba-Geigy. Bei den Vitaminen hat sie Marktanteile zwischen 50 und 70 %. Bei den Psychopharmaka hat sie ebenfalls eine monopolartige Stellung, mit Marktanteilen von über 50 %. Bei den Aromen und Riechstoffen, die beim Tochterkonzern Gicaudan produziert werden, ist sie weltweit die zweitgrößte Herstellerin. Gemessen an den Forschungsaktivitäten steht sie auch hier an der Spitze: die Givaudan ist Nr. 1 in bezug auf die neu angemeldeten Patente in dieser Sparte.

Entsprechend ihrer Monopolstellung ist auch die Ertragssituation der Roche. Sie konnte ihre weltweite Expansion aus den eigenen Profiten finanzieren. Von 1920 bis heute mußte sie nie öffentliche Anleihen (Obligationen) auflegen oder das Aktienkapital erhöhen, ein Unikum in der Wirtschaftsgeschichte. Obwohl die 16.000 Aktien und die 54.000 Genußscheine je einen Wert von über 100.000 Franken repräsentieren, ist das Aktienkapital in der Bilanz nur pro Memoria ohne Wert aufgeführt. Die Aktien werden auch an keiner Börse, sondern nur vorbörslich gehandelt. Die meisten sind im festen Besitz der drei Familien Sacher, Hoffmann und Oeri. Sacher allein besitzt über 50 % des Aktienkapitals. Auch die Immobilien, Mobilien und Patente sind in der Bilanz je auf den symbolischen Betrag von einem Franken abgeschrieben, wobei die Mobilien und Immobilien einen Versicherungswert von einer Milliarde Franken haben.

Um das Mißverhältnis zwischen öffentlicher Bedeutung als größter Pharmahersteller und bedeutender Liferant der Gesundheitsdienste aller westlichen Länder und privatem Beistz in den Händen dreier Basler Familien zu verdecken, befolgt der Konzern eine rigorose

Informationspolitik. Als er 1974 zum ersten Mal Umsatz- und Gewinnzahlen veröffentlichte, wertete die zurückhaltende Neue Züricher Zeitung dies in fetter Überschrift als eine „Informationssensation". Und als sich die Roche beim Konflikt mit der britischen Regierung auf den Standpunkt stellte, daß Zahlenangaben über Umsatz und Gewinne das Publikum nichts angingen, mußte das gleiche unternehmerfreundliche Blatt dies als „Geheimniskrämerei" einstufen. Auch bei den Ereignissen in Seveso versuchte der Konzern zuerst sich aus der Affäre herauszuhalten mit dem Hinweis, die Givaudan sei selbstverantwortlich. Dabei ist Roche ein äußerst zentralisiert dirigierter Konzern mit straffen Anweisungen aus der Basler Zentrale. Diese gehen soweit, daß z.B. Präsident A. Jann dem Givaudan-Generaldirektor Waldvogel verbot, sich nach Seveso zu begeben, wie er nachher dummerweise in einem Interview dem Boulevardblatt „Blick" verriet.

Die Jahresabschlußzahlen der Muttergesellschaft künden ebenfalls von ungewöhnlichem Reichtum. Die Vermögensaufstellung der F.Hoffmann-La Roche & Co. AG („Aktiven") beginnt mit folgender Angabe:

Immobilien .... 1,-- Franken
Mobilien................................. 1,-- Franken
Patente.................................. 1,-- Franken

Diese verblüffende Ein-Franken-Rechnung erklärt sich so: alle Gebäude, Institute, Labor-, Betriebs- und Büroeinrichtungen werden stets im Jahr der Anschaffung oder Errichtung voll abgeschrieben und tauchen nur als Kostenfaktoren auf. Effekt: Der Gewinnausweis wird stark gedrückt. (Beispielsweise hätte der Bayer-Konzern nach dieser Methode für 1975 nicht einen Netto-Gewinn von 336 Millionen DM sondern einen Verlust von ca. 150 Millionen DM ausgewiesen; manche Unternehmen würden auf diese Weise niemals Gewinne zustande bekommen.)

Die Addition der Roche-Beteiligungen, der Warenvorräte, Forderungen an Kunden, Bankguthaben usw. ergibt dann immerhin noch eine Bilanzsumme von 1.017 Milliarden Schweizerfranken. Eine freundliche Zusatzangabe erläutert, was man diesen ausgewiesenen Aktiva mindestens hinzuzurechnen hätte: „Die Immobilien und Mobilien haben einen Versicherungswert von Franken 1.078.652.074,--". Der wirkliche Wert der Patente wird nicht angegeben.

Und wie sieht es auf der rechten Seite der Bilanz aus, wo die Vermögensherkunft aufgezeigt wird? Mit einem Wort: Phänomenal. An der Stelle, an der normale Aktiengesellschaften ihr Kapital aufführen, steht in der Roche-Bilanz nur: „p.m." Das heißt in Langschrift: „pro memoria". Verdolmetscht: „Vergiß es". Das Aktienkapital kann man vergessen, es existiert nicht mehr. Die Unternehmensleitung hat es den Einlegern in mehreren Raten zurückgezahlt, als der Konzern infolge riesiger Monopol-Profite bei der Vitamin-Produktion so viel Geld verdiente, daß er nicht mehr wußte, wohin damit. Die letzte Rate erhielten die Eigentümer im Kriegsjahr 1943 zurück. Seither hat die F. Hoffman-La Roche & Co. AG kein Grundkapital im handelsrechtlichen Sinne mehr. Damit wurde das Unternehmen allerdings nicht herrenlos oder gar volkseigen. Denn wenn auch die Kapitaleinlagen retourniert wurden, so blieben den Eigentümern doch die Besitztitel. Die Aktionäre haben nach wie vor Eigentumsrecht am Konzernvermögen und Stimmrechte in der Generalversammlung.

Und sie zahlen sich Jahr für Jahr eine Dividende aus: jeweils 550 Franken pro Aktie in den letzten beiden Jahren. Die Dividende war einst höher gewesen, zuweilen über 1.000 Franken je Aktie. Das mag bei manchen Leuten einen schlechten Eindruck gemacht haben, so daß die Aktionäre auf die Idee kamen, sich selbst zusätzlich sogenannte Genußscheine auszustellen, die dann in gleicher Höhe wie die Aktien dividendenberechtigt waren. Im Laufe der Jahre wurden mehrmals Genußscheine an die Eigentümer ausgegeben, bis heute 17 Stück für je 5 Aktien oder — umgerechnet — für jede Aktie 3,4 Genußscheine. Ohne den Genußschein-Trick hätte die Ausschüttung pro Aktie in den letzten beiden Jahren also nicht 550 sondern jeweils 2.420 Frankenbetragen.

Die Genußscheine verhalfen den Eigentümern zu weiteren Annehmlichkeiten: man konnte sie verkaufen, ohne die Eigentumsrechte am Unternehmen aufzugeben. Denn in der Generalversammlung gewährt selbstredend nicht der Genußschein, sondern nur die Aktie Besitztitel und Stimme. So kommt es, daß von Hoffmann-La Roche kaum Aktien im Handel auftauchen. Die befinden sich in festen Händen, mehrheitlich bei den Erben des Gründers Hoffmann, darüber hinaus überwiegend im Eigentum alteingesessener Baseler Familien (Sacher, Sarasin u.a.) Was in den Kurszetteln der Züricher Börse täglich notiert wird, sind also nicht die Aktienkurse aber auch nicht die Preise der Genußscheine, sondern — auch dies eine Roche-Spezialität — eine dritte Sorte Wertpapier. Als der Börsenkurs für die Genußscheine der hohen Dividende wegen auf rund 200.000 Schweizerfranken pro Stück geklettert war, mußte das Papier gestückelt werden. Sonst hätte man das Papier kaum noch handeln können. Die Banken teilten jeden Genußschein in zehn Teile, in zehn „Babies". Kursangaben erfolgen seither für „Baby-Roche".

Am Roche-Konzern und seinen Kapital-Verhältnissen läßt sich übrigens sinnfällig zeigen, wie parasitär der Privatbesitz an diesem und anderen Unternehmen ist: eine Handvoll Aktien-Aufbewahrer bekommt alljährlich Millionenbeträge bar auf die Hand und nimmt am Wertzuwachs eines Großkonzerns teil — buchstäblich für nichts als Gegenleistung. Zwar unterscheidet sich der Roche-Konzern damit keineswegs von irgendeinem anderen Unternehmen: Bayer, Hoechst, BASF, Schering, wen auch immer man nehmen will, sie alle haben den Aktionären schon längst das eingezahlte Grundkapital zurückgezahlt. Nur waren die nicht so dumm, das auch so zu deklarieren. Sie ließen das Grundkapital in der Bilanz stehen und zahlten stets nur Dividenden, auf daß die Mär vom Faktor Kapital, der neben dem Faktor Arbeit steht und ebenso wie die Arbeit Recht auf Entlohnung habe, nicht in Vergessenheit gerate. Bei dem Pharma-Konzern von Basel klappt das nun nicht mehr. Hier grinst uns mit jeder Dividendenzahlung auf ein Grundkapital von Null die nackte Ausbeutung an.

Es bleibt nachzutragen, wie die rechte Bilanzseite mit den „Passiva" des weiteren aussieht. Sehr einfach und ungewöhnlich: Es gibt da für 286 Millionen Schweizerfranken „Kreditoren" (hauptsächlich Liferantenschulden) und Rückstellungen von 133 Millionen Schweizerfranken für Eventual-Verbindlichkeiten, aber keinen Rappen an Bankschulden, keine Darlehensschulden, keine Wechselschulden. Zwei Reservekonventen in Höhe von zusammen 543 Millionen Schweizerfranken zeigen den Teil der nichtausgeschütteten Gewinne, der sich beim besten Willen nicht verstecken ließ.

Bei solch finanzieller Potenz ist es nicht verwunderlich, wenn der Kurs der „Baby-Roche" an der Züricher Börse von 9.400 Franken Anfang Juli nur auf 7.900 Franken am 31.8. gefallen ist. Seveso macht bisher keinen großen Eindruck auf die Börsianer. Selbst wenn der Kurs noch etwas sinken sollte: Darin drückt sich kaum mehr aus, als die Befürchtung, die Konzernleitung könnte die Dividende im kommenden Jahr um ein paar Fränkli zurücknehmen; aus „optischen Gründen", wie man zu sagen pflegt.

Wer in dem Kursrückgang mehr sieht, vergißt, daß der Kurs vor ein paar Jahren noch auf 20.000 stand und der Konzern seither ein viel gravierenderes „Seveso" erlebte: den Konflitk mit der britischen Gesundheitsbehörde und der Londoner Monopolkommission, mit der EG in Brüssel und dem Bundeskartellamt.

(aus: focus Nr. 77 und Extra-Dienst Nr. 69)

DUBIED – STREIKBILANZ

ZÜRICH (ID/Rouge)
8. September

Die Arbeit in den Dubied-Werken wurde am Montag, dem 6. September, wieder aufgenommen. Nach einem Monat Streik, in dem die Arbeiter die 2.000 Schweizer Franken des ihnen verweigerten 13. Monatsgehaltes gefordert hatten, haben sie davon bestenfalls die Hälfte erhalten. Hingegen ist es dem Schweizer Unternehmen nicht gelungen, das Urteil des Schiedsgerichts voll durchzu-

setzen. Die Institutionen, die den Friedensvertrag zu sichern haben und von der Bourgeoisie und den Gewerkschaftsbürokratien als „neutral" verkauft werden sollten, sind von den Arbeitern matt gesetzt worden. So ist das Ergebnis ausgesprochn positiv. Es war der größte Streik der Metaller in der Schweiz seit 40 Jahren, also dem Zeitpunkt, zu dem die Gewerkschaftschefs den „Friedensvertrag" unterschrieben hatten, derdie Arbeiterklasse hilflos dem „guten Willen" der Unternehmer ausliefern sollte.

Die Auswirkungen dieses Arbeitskampfes werden sich ohne Zweifel in diesem Herbst bei der Erneuerung der Tarifverträge in der Uhrenindustrie bemerkbar machen, und sicherlich auch im nächsten Frühjahr anläßlich der Metallverhandlungen.

Die Gewerkschaftsbosse sind entschlossen, den „Friedensvertrag" mit allen Mitteln zu erhalten. André Ghelfi, Vizepräsident des schweizerischen Mettall-und Uhrenarbeiter Verbandes (SMUV) hat mit verschiedenen Manövern vorgeführt, mit denen er den Streik bei Dubied so früh wie möglich zum Stillstand bringen wollte, auch auf Kosten billiger Kompromisse.

Diese Machenschaften hat die Kampfbereitschaft der 1.000 Streikenden während der vier Wochen nicht bremsen können. Aber die Kampfbereitschaft reichte nicht aus, um den koordinierten Angriff von André Ghelfi, der Kantonsregierung und dem Unternehmer von Dubied am Donnerstag, dem 2. September, zu verhindern. An diesem Donnerstagnachmittag schlug André Ghelfi den Streikenden vor, die Streikposten zu entfernen im Austausch gegen ein zwielichtiges Versprechen der Unternehmer, die eine Million Schweizer Franken bewilligen wollte, über deren Verteilung erst nach dem Ende des Streiks zu verhandeln gewesen wäre. Im Laufe einer konfusen Wahl erreichte er, daß die Streikposten aufgehoben wurden, verbunden mit der Bedingung, daß die Million im Laufe des Jahres 1976 zugestanden würde. Während der Nacht verfügte er die Aufhebung der Streikposten, obwohl seine Bedingung nicht erfüllt war.

Am folgenden Tag merkten die entmutigten Arbeiter, daß ihre Einheit aufgebrochen worden war und beschlossen, die Arbeit ab nächstem Montag wieder aufzunehmen.

Um während der restlichen letzten Verhandlungen auf der Hut zu sein, wurde beschlossen, jeden Morgen und jeden Abend vor dem Werk Versammlungen abzuhalten und das Werk nur geschlossen zu betreten und zu verlassen.

Die Kampfbereitschaft konnte nur aufgebrochen werden aufgrund des Fehlens von Kampferfahrungen. Im wichtigsten der drei bestreikten Werke konnte sich ein Streikkomitee halten, das mehrheitlich aus der Führung der SMUV-treuen Mitglieder zusammengesetzt war. „Man lernt nie aus", meinten viele Arbeiter, die sich über die Schwäche der schweizerischen Arbeiterbewegung und dem Fehlen jeglicher Kampferfahrung in der Arbeiterklasse bewußt wurden. Wenn man hinzufügt, daß die kämpferischsten Arbeiter sich unter den Emigranten und französischen Grenzgängern befanden, kann das zusätzliche Handicap ermessen werden, das aus dem Fehlen gewerkschaftlicher und politischer Rechte für die Gesamtheit der Arbeiter bestand: aus Furcht vor dem Eingreifen der Ausländerpolizei haben viele Ausländer gezögert, Verantwortung zu übernehmen, um die demokratische Organisation des Streiks weiter voranzutreiben.

CIA-FISCHE IN SCHWEIZER WASSERN

ZÜRICH (ID) 7. September

Ausgelöst durch das italienische Nachrichtenmagazin „L'Espresso" wurden jetzt auch in der Schweiz Namen und Adressen von 30 Agenten des amerikanischen CIA veröffentlicht. Ausführliche Berichte brachten dabei – ähnlich wie in der BRD-Veröffentlichungen des ID – nur die linken und alternativen Zeitungen , wie „Zeitdienst" und „S'fräche Blatt"; die etablierte Presse hüllte sich in beredtes Schweigen oder berichtete nur am Rande über die Enthüllungen.

Im Zeitdienst wird ebenfalls auf die „Gebrauchsanweisung" im ID 110 hingewiesen:„Wie man Spione aufspürt". Über die Situation in der Schweiz heißt es in dem Artikel:

„Eine politische Frage ist die Komplizenschaft der schweizerischen Bundespolizei mit dem CIA. „L'Espresso" schreibt von einer Zusammenarbeit der Berner CIA-Leute mit schweizerischen Dienststellen. Es entbehre jeder Grundlage, behauptet ein Sprecher des Eidgenössischen Justiz-und Polizeidepartement. Doch gleichzeitig verrät er:„Die Zusammenarbeit mit sogenannten westlichen Geheimdiensten ist sicher leichter als mit östlichen." Ein bemerkenswerter Satz! Die Zusammenarbeit mit der Bundespolizei mit ausländischen Geheimdiensten ist in einer geheimen Verfügung geregelt, die den schönen Titel trägt:„Weisung betreffend die Kontaktnahme der Bundespolizei mit ausländischen Amtsstellen in Bezug auf die Informationsbeschaffung". In dem „L'Espresso"-Bericht wird der seit kurzem eingesetzte US-Botschafter in Bern, Nathaniel Davis, vorgestellt:

„Er gilt als großer Experte in antikommunistischen Putschs und Spezialist in der Politik der Entstabilisierung und war hoher und glänzender Überwacher am Ort (mit der Aufgabe des Botschafters) der Staatsstreiche von Guatemala und Chile. Momentan ist niemand in der Lage zu zeigen, welches die Zusammenhänge sein könnten zwischen der geheimen Politik der USA und dem, was in Italien passiert. „Espresso" hat jedoch eine ausgedehnte Umfrage in der Schweiz durchgeführt, um zu verstehen, worin die „amerikanische Kontrollzentrale", die sich um die US-Botschaft in Bern aufbaut, besteht und welche Ziele sie hat. Daß die Schweiz einer der wichtigsten Mittelpunkte der internationalen Spionage ist, wußte man seit langem. Seit Beginn dieses Jahres aber wurde dieses Phänomen aktueller: Die Vereinigten Staaten haben beschlossen, in dieser „neutralen" Nation die Leitzentrale ihres Netzes von „Kontrolle und Einmischung" zu machen, eingesetzt speziell für die Vorkommnisse in jenen Ländern, in denen der kommunistische Auftrieb und die Annäherung der linken Kräfte an die Regierung gefährlich wurde: Frankreich und vor allem Italien. Dieses Geheimprogramm setzt sich vor allem aus zwei Elementen zusammen:

- Die Macht der Einsatztruppen von CIA-Agenten, die in diplomatische Posten der USA und internationale Organisationen in die Schweiz versetzt wurden (vor allem die amerikanische Mission und andere internationale Organe in Genf)
- Die Akkreditierung Davis' als amerikanischer Botschafter trotz seiner Vergangenheit und Erfahrung.

Dank der Arbeit eines „konvertierten" CIA-Agenten, Philip Agee, und einer Gruppe von schweizerischen Aufdeckern unter der Führung von Nationalrat Jean Ziegler sind wir in der Lage, das CIA-Netz in der Schweiz zu beschreiben, die Namen der wichtigsten Geheimagenten anzugeben und die amtlichen Stellen zu bezeichnen, hinter denen sich ihre tatsächlichen Aktivitäten verbergen. Daraus folgt vor allem, daß die Agenten in der Schweiz in drei Städten konzentriert sind: in Zürich, wo auf dem amerikanischen Konsulat ein oder zwei Geheimagenten arbeiten; in Bern, wo auf der US-Botschaft sieben oder acht CIA-Spione und vor allem in Genf, wo sich mindestens zwanzig befinden. In Genf befindet sich das Hauptbüro der „Agentur" im fünften Stock der US-Mission und heißt „Office of Special Assistant". Hier arbeiten etwa 15 Agenten. Die Agenten des amerikanischen Spionagedienstes unternehmen Anstrengungen, eine größtmögliche Zahl von internationalen Organisationen zu infiltrieren: sie arbeiten sicher im Innern des Genfer Sitzes der UNO, innerhalb des BIT (Bureau international du travail), im internationalen Gewerkschaftsamt und im Hochkommissariat für Flüchtlinge. Immer mit Basis in Genf setzen sich die Männer des US-Geheimdienstes sehr für die Kontrolle des internationalen Gewerkschaftsnetzes ein, mit spezieller Aufmerksamkeit auf die Aktivitäten der heißen Länder wie Spanien und Italien; eine weitere Hauptaufgabe ist auch die Rekrutierung von „Personal" aus der Dritten Welt, um sie in den internationalen Organisationen arbeiten zu lassen und sie als Agenten in ihre Herkunftsländer zurückzuschicken."

Zigler nennt in „L'Espresso" die Gründe, warum der antikommunistische Frontkämpfer Davis in der Schweiz ein neues Geheimdienstzentrum aufbaut:

„Ein Mann mit der Vergangenheit von Davis wäre in Ländern mit einer starken inneren Opposition wie Frankreich und Italien nicht akzeptiert worden. In Bern hingegen würde er größte Manövrierfreiheit haben, um zu kontrollieren und dem Aufschwung der

PCI und der Neuen Linken entgegenzustehen. Auf der ander en Seite, beobachtet Ziegler, ist es die Schweiz, als Hochburg der Banken und Finanzen, von der aus Initiativen für den Wirtschaftskrieg ausgehen: Finanzblöcke, Kapitalflucht und Einzahlungen auf heimliche Fonds. Von der Schweiz aus gehen auch die amerikanischen Dollars, sei es von der CIA oder anderen Gruppen, die für die italienischen Politiker und die neofaschistischen Gruppen bestimmt sind. Und, wie bekannt ist, macht man Entstabilisierung nicht nur mit der Politik der Leichen, sondern auch mit dem Finanzterrorismus. Auch darin ist Davis Spezialist."

ALFASUD – DIE DEBATTE ÜBER'S BLAUMACHEN GEHT VON GEWERKSCHAFT UND UNTERNEHMERN AUS

NEAPEL (ID/LC)
1. September

Nach den Ferien haben Unternehmer und Gewerkschaft eine Debatte begonnen, wie das Blaumachen abnehmen und ein „produktiver Wiederaufschwung" eingeleitet werden könnte. Sie haben sich gedacht, daß die Arbeiter beginnen müßten, sich für die Produktion verantwortlich zu fühlen. Neben Fiat ist das meist zitierte Beispiel Alfasud bei Neapel, wo 1975 – so kommentiert der Corriere della Serra (die italienische FAZ) – der Negativ-Rekord an nicht gearbeiteten Stunden erreicht wurde, wo in den ersten sechs Monaten dieses Jahres das Blaumachen zwischen 28 und 35 % geschwankt hat. Jeder Dritte hat also krankgefeiert. Dazu muß man sich vergegenwärtigen, daß die Alfasud-Fabrik mitten in der Campania, der Region von Neapel liegt, wo es an die 250.000 Arbeitslose gibt, die höchste Arbeitslosenzahl in ganz Italien.

Jetzt aber, nach den Ferien, ist die Absentismusrate (d.h. wieviel Leute nicht gearbeitet haben, egal aus welchem Grund) auf 14 % gefallen. Der Unternehmerkommentar: „Wenn die Tendenz anhält, können wir unsere Probleme lösen". Und die Gewerkschaft meinte, das Ganze sei ein Beweis dafür, daß man dieses Phänomen (das Blaumachen) nicht durch Repression eliminieren könne, sondern durch eine verbreitete Diskussion. Die Arbeiter haben dazu etwas anderes gemeint.

Bei Arbeitsbeginn nach den Ferien wurde den Arbeitern der Versiegelungsabteilung mitgeteilt, daß die Hälfte der Arbeiten in eine andere Abteilung verlegt worden sei, und daß zehn von den 20 Arbeitern versetzt werden müßten. Sofort haben sie eine Stunde gestreikt und eine Versammlung gemacht, in der sie beschlossen haben, die Versetzungen zu verweigern, und angekündigt haben, in einen dreistündigen (offiziellen) Streik zu treten, wenn die Versetzungen nicht zurückgezogen würden.

Drei Tage später hat die Direktion damit gedroht, Kurzarbeit in der ganzen Fabrik (über 200.000 Beschäftigte) einzuführen, weil diese Streikform einen Ausfall von 300 Autos pro Tag verursachen würde.

Die Arbeiter haben daraufhin die Gewerkschaft gezwungen, für einen Tag später einen Streik von einer Stunde in der ganzen Fabrik auszurufen, um allen die Gründe des (Abteilungs-)Streiks zu erklären und um die Antwort auf eine mögliche Kurzarbeit vorzubereiten. Die Geschäftsleitung hält demgegenüber weiterhin an den Versetzungen fest. Die Arbeiter wollen die Auseinandersetzung weiterführen, bis die Versetzung zurückgenommen sind.

Der Kampf der Arbeiter der Lackiererei hat für Alfasud nichts „Außergewöhnliches": das Funktionieren der Fabrik ist in diesen Jahren immer von einer harten Antwort der Arbeiter auf die kapitalistischen Umstrukturierung gekennzeichnet gewesen. Aber das Besondere bei dieser Auseinandersetzung liegt vor allem in der optimistischen Antwort auf das drohende Gebaren der Geschäftsleitung von Alfasud. Die Überschwenglichkeit über die Abnahme des Blaumachens, die sich auf die ersten zehn Tage nach den Ferien beziehen, hat für die Unternehmer keinen anderen Grund, als weitere Angriffe auf die Arbeitsbedingungen vorzubereiten, und beginnend beim Blaumachen, die Arbeiter in die Defensive zu drängen und die Bedingungen für noch weitergehende Umstrukturierungspläne zu schaffen, die die Firma für unausweichlich hält und die Gewerkschaft bereit ist, zu akzeptieren. Aber es ist eine Tatsache, daß jedesmal, wenn die Umstrukturierung sich direkt gegen Arbeiterinteressen richtet, die erhoffte Steigerung der Arbeitsproduktivität sich ins Gegenteil verkehrt.

Im Augenblick hat die Geschäftsleitung zum zweiten Mal Kurzarbeit in der Karosserie gegen den Streik in der Lackiererei eingeführt. Die Auseinandersetzung – jetzt mit Schwerpunkt gegen die Kurzarbeit – geht weiter.

(nach: Lotta Continua vom 1.9.76)

Zu bemerken ist, daß sich die Arbeiter durch die hohe Arbeitslosigkeit nicht korrumpieren lassen, daß sie das Risiko der Entlassung bei der großen Konkurrenz anderer Arbeiter eingehen, in der Region gibt es außer Alfasud nur noch das Stahlwerk Ital Sider. Außerdem haben die linken Parteien im Raum Neapel so abgeschnitten, wie es eigentlich für das ganze Land erhofft worden war; die PCI kam auf 40 %, die Democrazia Proletaria auf 2,6 %. Ein Drittes ist, daß die Unternehmer sich durch eine Beteiligung der PCI an der institutionalisierten Politik erhoffen, der reformistische Einfluß auf die Arbeiter ließe sich verstärken – was u.a. ein Nachlassen des Absentismus zur Folge haben könnte.

SKANDINAVISCHE SOZIOLOGEN PROTESTIEREN GEGEN DEN RADIKALENERLASS IN DER BRD

SCHWEDEN (ID)
20. August

An die Bundesregierung;
an die Regierungen der Länder;
an den westdeutschen Soziologenverband.

Der IX. Nordische Soziologenkongreß (Lund, Schweden, 15.-18. August 1976) und die Berufsorganisationen der schwedischen, dänischen, norwegischen und finnischen Soziologen reagiert mit ernsthafter Unruhe auf die westdeutschen Radikalenerlasse für den Öffenltichen Dienst (das sogenannte Berufsverbot). Sowohl Intention als auch die Praxis verstoßen nach unserer Auffassung eindeutig gegen die Menschenrechts-Deklarationen der UNO und auch gegen die Verfassung der Bundesrepublik, die jedem Bürger Rede- und Meinungsfreiheit und Freiheit der Berufswahl garantiert.

Die Wirkungen des Berufsberbotserlasses und ähnlicher Gesetze und Paragraphen (wie z.B. § 88a) sind nicht auf persönliche Tragödien für die Betroffenen beschränkt. Freie Forschung und Lehre und die Freiheit der Meinungsäußerung können nicht existieren, wenn die, die sie in Anspruch nehmen, unter der Drohung des Ausschlusses von ihren Berufen und Stellungen und der Verurteilung aufgrund ihrer Ansichten stehen. Für die Soziologie besteht die Gefahr, daß Berufsverbot und § 88a das Ende all der Forschung bedeuten, die mit oder ohne kritische Grundhaltung die westdeutsche Gesellschaftsstruktur und das Handeln der politischen und ökonomischen Machthaber untersucht.

Ganz generell riskieren Studenten und Lehrer ihre Arbeits- und Forschungsmöglichkeiten durch politische Aussagen und politische Arbeit oder gar aufgrund bloßer Beschäftigung mit politisch kontroversen Fragen. Auf längere Sicht besteht die Gefahr, daß mit all diesen Mitteln eine Lähmung des Meinungsbildungsprozesses und eine politische Passivität der Bevölkerung des Landes hergestellt wird, die in direktem Gegensatz zu den grundlegenden Ideen einer demokratischen Gesellschaft stehen.

Der IX. Nordische Soziologenkongreß will hiermit

– seiner Verurteilung des Berufsverbotes, des § 88a und der Konsequenzen für die freie Forschung und öffentliche Diskussion in der Bundesrepublik Ausdruck geben.

– seine Solidarität und Unterstützung für die Soziologen und übrigen Gesellschaftswissenschaftler auszusprechen, die durch diese Erlasse an der Durchführung ihres Studiums, in kritischer und voraussetzungsloser Forschung oder an der Ausübung ihres gewählten Berufes nur aufgrund ihrer politischen Auffassungen gehindert werden.

Wir fordern

– daß der Berufsverbotserlass, der § 88a und alle entsprechenden Paragraphen unmittelbar aufgehoben werden, sowohl in ihrer Intention als auch in der Praxis.

– daß die von diesen Erlassen betroffenen Personen unmittelbar eingestellt werden.

Lund, 18. August 1976

DER HEISSE HERBST IM SÜDEN HAT ANGEFANGEN

SPANIEN (ID) 9.September Die Fluglotsen aller spanischen Zivilflughäfen sind am 24.August in den Streik getreten. Er dauert an. Die wichtigsten Forderungen der Fluglotsen sind: Recht auf einen eigenen Verband, zivile Verwaltungsstruktur, Lohnerhöhungen und Verbesserung der technischen Einrichtungen. Das gesamte Bodenpersonal des Madrider Flughafens ist am 7.September nach einer Vollversammlung in den Streik getreten. Sie fordern eine bevorstehende gemeinsame Tarifrunde. Bisher hatten die beiden Belegschaften getrennte Tarifrunden.

In der Provinz von Leon sind am 7.September die Bauarbeiter in den Generalstreik getreten, an keiner Baustelle wird gearbeitet. Die Streikenden sagten in einer Versammlung, mit einer Beteiligung von 4000 Bauarbeitern, daß sie solange streiken werden, bis ihre Forderungen erfüllt sind; nämlich: die 40-Stundenwoche, 30 Tage Urlaub, 17000 Peseten Grundlohn für den Hilfsarbeiter, 18000 für den Facharbeiter und 19000 für Poliere. Der Streik von Leon hat sich auf die Provinz von Burgos ausgedehnt, dort streiken zur Zeit 5000 Bauarbeiter.

POLITISCHE ARBEIT IM MILITÄR – EIN PORTUGIESISCHER GENOSSE BERICHTET

LISSABON/FRANKFURT (ID) 6. September Teilnehmer der Portugalfahrt des Bundes Deutscher Pfadfinder trafen in Lissabon einen Soldaten der SUV (Soldados unidos vencerémos/Vereinte Soldaten werden siegen). Nachstehend geben sie den Inhalt des Gespräches wieder:

„Die SUV besteht in allen Kasernen. Wir haben eine geheime Zeitung – Soldados em Luta (Soldaten im Kampf) und oft Flugblätter, die wir auf den Hof legen oder auf die Toiletten. In den Flugblättern denunzieren wir oft Vorgesetzte. Jeder kann sie auf dem Klo in Ruhe lesen.

Organisiert sind wir so ähnlich wie die Bewegung der Hauptleute vor dem 25. April 1974. In einer Zelle kennen sich 3 – 4 Leute. Diese Zelle hat mit einem Mann der übergeordneten Organisationsstufe Kontakt. Dieser kennt (außer der genannten Zelle) 3 – 4 weitere Leute auf seiner Organisationsstufe (die wiederum Zellen kennen) sowie einen Mann der ihm übergeordneten Stufe usf. So kennt jeder höchstens 5 Leute.

Die Repressalien in den Kasernen sind 20 mal so stark wie im Faschismus. Die Gefängnisse sind voll, es herrscht Unzufriedenheit, Feindseligkeit. Wir kämpfen für die Emanzipation vom Militarismus, deshalb sind außer den Gruppen links von der PC unter den Mitgliedern auch Leute von der PC, von der PS und sogar von der PPD.

Außer der SUV gibt es noch die ORFA (revolutionäre Organisation der Streitkräfte) die in Verbindung mit der maoistischen UDP bzw. der PCP (R) steht. Bei Aktionen arbeiten die Gruppen zusammen. Die SUV ist mit Abstand am größten.

Zur Stärke der Linken im Militär:

Ein Teil der Einheiten läßt sich bestimmt gegen die Arbeiterklasse benutzen. Die Bourgeoisie wird versuchen, strategische Punkte im Militär abzusichern und dabei die Faschisierung weiter voranzutreiben. Sie wird versuchen, die Fallschirmjäger sicher in den Griff zu bekommen. Hier sind noch die alten linken Soldaten, lediglich mit rechten Kommandanten. Wie die Vergangenheit gezeigt hat, können sich solche Einheiten bei Einsätzen politisieren. Die Bourgeoisie wird sich daher hüten, das Militär einzusetzen, wenn es zu vermeiden ist. Deshalb wird die GNR (Nationalgarde) verstärkt. Die SUV konzentriert ihre Arbeit auf die Marine, die unsere große Hoffnung ist. Die Marine hat weder am 25. April noch am 25. November mitgewirkt und ist deshalb wenig gesäubert. Sie ist großenteils PC-nah. Auch die Führungskräfte bei der Marine sind noch links. Viele waren in KZs.

Zur Situation in Portugal:

Ich gebe der PS-Regierung höchstens 6 Monate, und zwar wegen der wirtschaftlichen Schwierigkeiten, wegen interner Schwierigkeiten und wegen des Bündnisses mit der Rechten. Die PS wird wegen ihrer Haltung zur Rückkehr Spinolas angegriffen. Die PS ist nur Trampolin für die Rechte.

Die GDUPs (Gruppen zur Dynamisierung der Volkseinheit, die die Präsidentschaft von Otelo unterstützt haben) machen demnächst einen Kongreß. Da wird man sehen können, ob die Bewegung um Otelo an Stärke zunimmt. Die GDUPs werden darauf hinweisen, daß:

– die Lebenshaltungskosten steigen,
– die PS kapitalistisch ist,
– Skandale da sind: unser Getreide verfault (und die diesjährige Ernte ist viel höher, als was Portugal verbrauchen kann) und aus den USA wird Getreide gekauft.

Perspektiven

Die Portugalkredite der EG werden nicht stark genug fließen, um den Anstieg der Lebenshaltungskosten aufzuhalten. Die EG wird nur wenig Kredite geben, weil sie selbst in einer Wirtschaftskrise ist und weil die politische Situation in Portugal zu unsicher ist. Auch für einen großen Teil der Bourgeoisie ist die PS zu links. Die PC wird die Massenbewegung nicht verhindern können oder wollen, weil sie sonst Otelo die Massen zutreibt.

Und es wird etwas passieren, weil ja der ganze Lissabonner Industriegürtel und der Alentejo kommunistisch ist. Die PC wird zulassen, daß die Arbeiter- und Bewohnerkommissionen weggenommen werden. Falls die PS Spaltergewerkschaften einführen will, wird die PC den revolutionären Prozeß stärken. Die PS wird den kapitalistischen Weg nicht gehen können, weil die Arbeiter zu viele Rechte errungen haben. Die Sozialdemokratie ist ohne Basis. Eher ist der Faschismus möglich als die Sozialdemokratie. Ob Faschismus oder Sozialismus, kann nicht prophezeit werden.

Am Wahlergebnis zu den Präsidentschaftswahlen sieht man, daß das Bewußtsein weit genug entwickelt ist. Die Stimmen für Azevedo kamen von Leuten, die gegen die Rechte waren; so daß man die Stimmen für Otelo, Pato und Azevedo zusammenzählen kann, und auf annähernd 40% kommt.

Viele Wähler der PS werden sich getäuscht sehen. Alle, die im Norden die PS gewählt haben, sind Sozialisten. Es sind über Hunderttausend Waffen im Volk. Auch Eanes hat dies zugegeben und übers Fernsehen zur Waffenrückgabe aufgerufen. Die meisten Waffen sind bei RALIS und bei der Militärpolizei (ehemals linke Einheiten) verschwunden, die letzten am 25. November.

Zum 25. November:

Es war ein Fehler der Fallschirmjäger loszuschlagen. Sie liefen in die offene Falle. Otelo hätte damals zurückschlagen können, aber er war noch politisch infantil und verhielt sich unentschlossen. Er hat erst in letzter Zeit sich eindeutig zur Linken bekannt. Wenn es eine Koordination gegeben hätte, hätten RALIS und die anderen linken Regimenter zweifellos was tun können. Es war eben kein Linksputsch, letzter Beweis hierfür ist, daß von der Untersuchungskommission, die von rechten Offizieren getragen wurde, in ihrem Bericht nicht gesagt werden konnte, wer denn den Linksputsch geleitet hätte. So hat weder das Militär noch die Bevölkerung reagiert, denn die Leute schreien erst, wenn man ihnen auf den Fuß tritt."

Der BDP wird eine Broschüre über die Portugalfahrt erstellen, in der Hinweise für andere Portugalfahrer enthalten sein sollen.
Anm. der Redaktion: Wir wollen weiterhin über Portugal berichten. Schickt uns Berichte, die ihr für wichtig haltet.

ZUR EINSCHÄTZUNG DER „FRIEDENSBEWEGUNG" IN IRLAND

OBERURSEL (ID)
8. September

Die „F·iedensbewegung" wird in der Berichterstattung der bürgerlichen Presse als der „Hoffnungsschimmer" für die verworrene politische Situation dargestellt. Über die Zielsetzung und politischen Vorstellungen dieser scheinbar spontan aus der Bevölkerung entstandenen Bewegung wird sich allerdings ausgeschwiegen. Kein Wort darüber, was ein Frieden um jeden Preis für den katholishcn und auch für den protestantischen Bevölkerungsteil bedeuten würde: die Fortsetzung der Unterdrückung durch die britische Besatzungsarmee und d... sektiererischen protestantischen Polizeiorganisationen. Vergessen wir nicht, daß 1969 die britische Armee auch als „Friedensarmee" in Nordirland stationiert wurde. Mittlerweile sind mehr als 700 ir..ische Zivilisten von der britischen Armee, der RUG (nordirische Polizei) und den faschistischen protestantischen Organisationen ermordet worden. Hausdurchsuchungen, willkürliche Festnahmen, Notstandsgesetze und Folterungen bei den Verhören sind nach wie vor irischer Alltag. Folterungen für die jetzt die britische Regierung vom europäischen Gerichtshof in Straßburg zu Schadenserstazzahlungen an die Opfer verurteilt wurde.

Solange Nordirland besetzt ist, wird es keinen Frieden geben. Die Forderung der „Friedensbewegung" an die antiimperialistischen Organisationen, den Widerstand gegen die Besatzungstruppen einzustellen und die Aufforderung an die Bevölkerung, die IRA-„Terroristen" bei der britischen Armee zu denunzieren, dient lediglich der Fortsetzung der Unterdrückung und Ausplünderung Irlands, die eigentlichen Ursachen für die Gewalttätigkeiten in Irland.

Die „Friedensbewegung" hat ihre soziale Basis im katholischen Mittelstand, dem es nur am Rande gelungen ist, die katholische Arbeiterklasse für i h r e Ziele einzuspannen. Die Mehrheit der katholischen Bevölkerung steht nach wie vor hinter der republikanischen Bewegung, die für ein vereinigtes sozialistisches Irland kämpft. Ein Ziel, das für die Grundvoraussetzung für einen wirklichen Frieden gewährleistet.

Die politischen und militärischen Aktivitäten der IRA sind durch die Demagogie der „Friedensbewegung" nicht zurückgegangen, sondern verstärkt worden. Allein in den letzten neun Tagen verübte die IRA 25 Bombenanschläge auf ökonomische Ziele, darunter auf das Luxushotel Woodlands in Lisburn. Fünf britische Soldaten und Mitglieder der faschistischen nordirischen Polizei RUC wurden allein in der letzten Woche von Kämpfern der IRA getötet oder schwer verletzt. Wenn der britische Nordirlandminister Rees sich zu der Lüge erdreistet, die IRA würde nur von einem Prozent der nordirischen Bevölkerung unterstützt, wie werden dann die Zukunftsaussichten des britischen Imperialismus in Irland aussehen, wenn aus diesem einen Prozent zwei Prozent geworden sind?

Irland-Solidaritätskomitee

HERAUSGEBER:
Frankfurter Informations-Dienst e.V.
Hamburger Allee 45, 6000 Frankfurt 90
Verantwortlicher Redakteur:
Indulis Bilzens

US-WAFFEN GEGEN DIE WELT

NEW YORK (NACLA/ID)
5. September

In den letzten drei Jahren verkauften US-amerikanische Waffenhersteller 35.000 Pistolen, vier Millionen Schuß Munition, 100.000 Granaten, 300 Kampffahrzeuge und 5.000 mit Kampfgas gefüllte Kanister an Staatsschutzbehörden der dritten Welt. Diese Zahlen spiegeln nur zu einem kleinen Teil die Rolle wider, die die Vereinigten Staaten bei der Aufrüstung ausländischer Polizeistreitkräfte spielen. Der Verkauf von Waffen an andere Länder geht weiter, obwohl seit 1973 ein Gesetz existiert, das eben diesen Verkauf verhindern sollte. Genaue Zahlen fehlen, jedoch ist bekannt, daß jährlich zig-Millionen Dollar umgesetzt werden und die amerikanischen Konzerne so einen wesentlichen Beitrag zum Ausbau der Repressions-Technologie der dritten Welt leisten.

Trotzdem der Verkauf von Waffen an ausländische Polizeistreitkräfte nicht das Ausmaß der offiziellen Waffenverkäufe erreicht, ist er von großer Bedeutung, da die von den Konzernen „privat" verkauften Waffen direkt an die Exekutive gehen: die Polizei. Die größten Abnehmer gehören zu den reaktionärsten Staaten der dritten Welt: Südkorea, Indonesien, Singapur, Iran, Brasilien.

1954 begannen die Vereinigten Staaten, ausländische Polizeistreitkräfte mit Waffen zu versorgen. Acht Jahre später gründete Kennedy das „Büro für öffentliche Sicherheit" (Office of Public Safety – OPS) innerhalb der „Abteilung für internationale Entwicklung" (Agency for International Development – AID), um so diese Art von „Hilfe" zu systematisieren und perfektionieren. Mit dem Argument, die Polizei stehe in vorderster Front im Kapf gegen Subversion in den Ländern der dritten Welt, eröffnete die OPS eine „Inernationale Polizei-Akademie" (International Police Academy – IPA) in Washington D.C. und schickte Instrukteure für die öffentliche Sicherheit (Public Safety Advisors) nach Afrika, Asien und Lateinamerika. Diese Teams setzten sich aus früheren FBI-Mitarbeitern, Militär-Polizisten und Zivilpolizisten zusammen. Sie bildeten eine Zahl von ungefähr einer Million Polizisten in der dritten Welt aus. Weitere 10.000 Polizisten erhielten eine Speziel-Ausbildung in der IPA. Zu dieser Zeit hatte die OPS bereits Waffen im Wert von 150 Millionen Dollar an bevorzugte Polizeikräfte im Ausland verkauft.

Ziel der OPS war es, die Repressions-Technologie der Länder der dritten Welt zu stärken. Die Hauptaktivitäten der OPS richteten sich auf das Training der Aufstandsbekämpfung, Aufbau eines fähigen Geheimdienstes und Counterinsurgency-Aktivitäten. In der Dominikanischen Republik wurden von der POS die „Cascos Blan os" (Weißhelme), eine gefürchtete Anti-Aufstands-Einheit ausgebildet und ausgerüstet; in Venezuela gründete OPS eine Zentrale zur Bekämpfung von Aufständen in Caracas, in Vietnam wurden mit der Hilfe von OPS Dutzende von Stützpunkten eingerichtet, in denen auch gefoltert wurde. Die OPS war beteiligt am Ausbau der Gefängnisse und an der Operation Phoenix.

Es wurde unmöglich, den wahren Charakter der OPS zu verheimlichen. Ehemalige Angehörige von OPS und AID packten über die tatsächlichen Aktivitäten aus und 1973 beschloß der Kongreß, sämtliche OPS-Aktivitäten zu verbieten. Die Polizeiakademie wurde geschlossen. Der Beschluß des Kongresses enthielt auch eine Passage, die den Verkauf von Waffen an Länder, die gegen die Menschenrechte verstoßen, prinzipiell untersagte.

Die offizielle Beendigung des OPS-Programms hatte jedoch eine Auswirkungen auf die Bemühungen der USA, die Repressions-Technologie in der dritten Welt auszubauen. Die „Drug Enforcement Administration" übernahm die Funktionen der OPS auf der offiziellen Ebene. Auf privatkapitalistischer Ebene führten die vier oben genannten Firmen ihre Waffenverkäufe an ausländische Staaten fort. 1974 verkauften Smith & Wessen 10.000 Revolver nach Ecuador, 2.000 an den Libanon und 1.500 nach Singapur. Diese Geschäfte wurden meist in enger Zusammenarbeit zwischen den Auslandsniederlassungen der Herstellerfirmen, den dorti gen offi-

ziellen Stellen der USA und den jeweiligen Landesregierungen abgewickelt. So kamen zum Beispiel in Bolivien die Kontakte aufgrund einer Initiative der US-Botschaft und der US-Militärkommission zustande — der dortigen US-Militärattachee trat als Vertreter der Firma Smith & Wesson auf und stellte deren neueste Gasgranaten vor.

Die Smith & Wesson Company ist der größte Produzent von Feuerwaffen und Polizeiausrüstung. 1966 wurde Smith & Wesson von der Bangor Punta Corp. aufgekauft. Bangor Punta war bis zur Revolution in Kuba tätig und spezialisierte sich anschließend auf die Waffenproduktion für Polizeibedarf. 75 % des amerikanischen Bedarfs an derartigen Waffen werden von dieser Firma inzwischen gedeckt. 1968 wurde ein neues Verkaufsbüro in Springfield und eine Niederlassung in der BRD gegründet, um für die eigenen Produkte weltweit zu werben. Diese Werbung richtet sich direkt an die Polizeibehörden der betreffenden Länder. So versprach ein Vertreter von Smith & Wesson die Lieferung einer Spezialausrüstung zur Bekämpfung von Aufständen nach Süd-Korea, als dort besonders reaktionäre Gesetze verabschiedet wurden und mit Widerstand zu rechnen war.

1969 begann Smith & Wesson mit dem Aufbau einer Privatarmee, die die offizielle Aufgabe hat, Banken und Privathäuser in aller Welt zu schützen. Zu diesem Zweck wurde auch eine spezielle Ausbildungsstätte in Springfield eröffnet, die Smith & Wesson-Akademie, die von dem ehemaligen FBI-Ausbilder Charles Smith geleitet wird. Dort werden jährlich etwa 5.000 Menschen im Umgang mit Waffen, in speziellen Kampftechniken etc. ausgebildet. Smith & Wesson ist auf dem Weg, alle Funktionen wahrzunehmen, die das „Office of Public Safety" nicht mehr wahrnehmen kann.

Die Angaben gehen aus einer NACLA-Studien hervor, die nach 1973 durchgeführt wurde. NACLA steht für: North American Congress of Latin America. NACLA hat Kopien sämtlicher Exportlizenzen angefordert, die die vier großen Waffenhersteller (Smith & Wesson, Jonas Aircraft & Arms, Federal Laboratories und Cadillac-Gage Co.) für die offiziellen Behörden verfertigen mußten. Weitere Fakten stammen aus Interviews, Jahresberichten der Konzerne und aus offiziellen Regierungsberichten. Eine ausführliche Statistik der Waffenverkäufe amerikanischer Konzerne an Polizeistreitkräfte und Nationalgarden der dritten Welt findet sich in „NACLA-Nr. 6, ", 1976. NACLA ist zu beziehen für 1,25 Dollar über: NACLA, Box 57, Cathedral Station, New York, USA.

STREIK DER GUMMIARBEITER GEHT WEITER

NEW YORK (LNS/ID) 4.September

Mehr als 10.000 Arbeiter der Reifenhersteller Goodrich und Uniroyal in den USA befinden sich seit 19 Wochen im Streik. (Siehe auch ID 132). Die Kollegen von Goodyear und Firestone haben am 28.August ihren Streik beendet, jedoch verhandeln Vertreter der Gewerkschaften weiterhin über Details. Der Streik, an dem bis zum 28.August insgesamt 67.000 Arbeiter beteiligt waren, wird von der Gewerkschaftsführung als Sieg gewertet. Die reale Lohnerhöhung beträgt 35% (= 1,30 Dollar mehr pro Stunde). Die Forderungen der Arbeiter nach Verbesserungen der Arbeitsbedingungen, Verlangsamung der Bandgeschwindigkeiten und einer verbesserten Gesundheitsversorgung wurden in den Verhandlungsergebnissen nicht sichtbar.

So kämpfen die Arbeiter bei Goodrich weiter für ihre Forderung: „Pensionierung nach 30 Jahren, egal welches Alter." Diese Forderung wird von dem Präsidenten der Gummiarbeiter-Gewerkschaft (URW) jedoch strikt abgelehnt. Für ihn ist sie schlichtweg unrealistisch. Peter Bommarito, der Präsident der URW, wurde noch während des Streiks heftig kritisiert. Obwohl der Streik viele der beteiligten Arbeiter an den Rand des Ruins gebracht hat, kassierte die Gewerkschaft während des Streiks weiterhin Mitgliedsbeiträge. Außerdemwurde in zahlreichen Versammlungen während des Streiks das Auftreten der Gewerkschaftsführung als zu lasch kritisiert. („Bommarito sagt, da- er stolz ist, ein Gummiarbeiter zu sein — er hat auch allen Grund dazu. Er lebt von unserer Arbeit.")

Im Verlauf des Streiks wurde von Arbeitern der vier Konzerne ein Boykott der Erzeugnisse organisiert, der nach dem Boykott der ‚United Farm Workers' Aussichten auf ERfolg hat. Auch das Personal des zum Firestone Konzerns gehörenden Golfclubs unterstützte den Streik. Mit Hilfe von streikenden Arbeitern stellten sie Informationstafeln auf und waren alte Reifen auf den Rasen. Der Betrieb mußte eingestellt werden. Nach unseren Informationen war dies die einzige Aktion, die außerhalb der Fabriken zur Unterstützung des Streiks stattgefunden hat.



STREIK DER GUMMI-ARBEITER in New York - Firestone Arbeiter organisieren den Boykott Foto:LNS

IN CHILE WIRD SEIT DREI JAHREN AUCH DIE FREIHEIT DER „FAZ" VERTEIDIGT

CHILE (ID)
7. September

Die Bilanz der Militärdiktatur Pinochets nach dem dritten Jahr kann sich für ihre Initiatoren sehen lassen. Die multinationalen Konzerne und die mit ihnen verbundene einheimische Finanz- und Exportbourgeoisie machen kräftige Profite, sinds zufrieden.

Das Konzept dazu haben die „Chikago Boys" entworfen. Es heißt „Freie Marktwirtschaft".

Wessen Freiheit das ist und auf wessen Kosten diese Freiheit praktiziert wird, das läßt sich mit Zahlen belegen:

Arbeitslosigkeit: offiziell 17, 6 %,
nach dem inzwischen aufgelösten Friedenskomitee 30 %,
in Santiago allein 50 bis 60 %.

Dadurch, daß die Kaufkraft der Massenlöhne um 60 % gefallen ist, was den Bankrott vieler mittlerer und kleinerer Fabriken sowie Agrarbetriebe zur Folge hatte, leiden inzwischen (nach offiziellen Angaben) 35 % der Kinder an Unterernährung, 63 von 100 Kindern sterben.

Mit dem Leiden wächst die Unzufriedenheit, wird die Opposition breiter, entwickeln sich Widerstandsformen.

Dagegen versucht sich die Militärdiktatur mit Repression zu stabilisieren. Pinochet stützt sich inzwischen primär auf die DINA, die chilenische Gestapo unter Führung seines Freundes Manuel Contreras. Die DINA – mit 7.000 militärischen und 5.000 zivilen Agenten sowie 8.000 Spitzeln im In- und Ausland – hat auch die Polizeifunktion innerhalb des Militärs übernommen.

Aufgrund ihrer Methoden sind heute 8.000 politische Gefangene in Konzentrationslagern, 200.000 Chilenen im Exil (bei einer Bevölkerung von etwa 10 Millionen), 6.000 Menschen sind bisher spurlos verschwunden,ermordet wurden insgesamt 24.000 Menschen, 130.000 wurden verhaftet.

Während die katholische Kirche mit Kardinal Silva an der Spitze offen oppositionell ist und damit vor allem im Ausland eine wichtige Funktion als Informationsträger hat, ist die Linke weiterhin gespalten. Gegenüber der KP hat sich allerdings inzwischen ein Block gebildet, der aus der Sozialistischen Partei, der Christlichen Linken, dem MAPU und dem MIR besteht. Zentraler Konflikt, der durch eine Polemik der KP auf der jüngsten Versammlung der UP in Mexico neu aufflammte, ist die Politik gegenüber den Christdemokraten.

Zwar hatte sich deren Führer Eduardo Frei – während der Volksfront einer der heftigsten Putschisten – in diesem Jahr mit einem Buch offen zur Opposition der Militärdiktatur bekannt, aber seine Kritik macht die alte bürgerliche Trennung zwischen Politik (die er kritisiert) und Wirtschaft (zu der er keine Alternative entwickelt). Das hat die KP nicht davon angehalten, die Christdemokraten – gegen den Willen Freis – in die antifaschistische Allianz mit einzubeziehen, während sie die radikale Linke das „trojanische Pferd des Imperialismus" nennt.

Die FAZ (Frankfurter Allgemeine Zeitung), die auf den Imperialismsu setzt, läßt (am 6.9.) ihren Korespondenten schreiben, die Junta wolle „nicht mehr eine Interimslösung zwischen ähnlichen parlamentarischen Regierungen" sein, vielmehr gehe es ihr darum, daß „die Feinde der Freiheit nie wieder eine Chance bekommen".

Der FAZ-Korrespondent Gester zitiert den Berater von Pinochet, der gesagt habe, es sollten „die totalitären Parteien durch ein Gericht für immer verboten werden" Gester schließt sich dem an und schreibt: „Als Beispiel für die Prozedur nannte er die Praxis der Parteienverbote in der Bundesrepublik, auf die sich die Militärregierung gern beruft, wenn ihr die Ächtung linksradikaler Parteien als undemokratischer Akt vorgeworfen wird".

Alles im Dienste der Freiheit, von der man vor allem im Wahlkampf hierzulande das Kotzen kriegen kann.

(Daten aus Alternativa 95, 96, 97 und Extra-Dienst 63)

PINOCHET AUF DEN SPUREN HITLERS

CHILE (MARKA/ID)
6. September

Kurz vor ihrem bisher letzten (und noch bestehenden) Verbot hat die peruanische Zeitschrift „Marka" (Nr. 40, 27.5.76) ein Buch vorgestellt. Pinochet, seit jetzt drei Jahren Chef der Militärdiktatur in Chile, hat es verfaßt. Der Titel: „Geopolitik". „Marka" weist seine ideologische Verwandtschaft mit dem Führer des deutschen Nationalsozialismus, Hitler, und dessen Buch „Mein Kampf" nach.

Hier einige Zitate:

„Die Geopolitik ist nicht mehr allein eine aggressive Wissenschaft ... im Dienst des Führers. Es scheint, daß die ursprüngliche Ablehnung dieser Wissenschaft während des 2. Weltkriegs ... sich heute in ein Gefühl der Sympathie gewandelt hat."

„Die Geopolitik betrachtet den Staat als einen über-individuellen Organismus, und er ist ein lebendiger Organismus, der sich im dauernden Existenzkampf befindet ... Darüberhinaus muß er zu einem geografischen Bewußtsein gelangen, sowie zur Inspiration der innen- und vor allem außenpolitischen Ziele, die es zu erreichen gilt."

In diesem Zusammenhang wird die Identität mit Hitler'schen Entwürfen unmißverständlich, wenn Pinochet vom „Hinterland" (er benutzt hier den deutschen Terminus) spricht, von demaus „neuer Lebensraum" zu erobern sei.

Pinochet wird zum Übersetzer von Hitler, wenn er seine Rassentheorie entwickelt: „Den grundlegenden Unterschied in der Menschheit machen die Rassen aus. ... In Griechenland gab es blonde Langköpfe und keltisch-slawische Kurzköpfe. ... Die Kurzköpfe produzierten Philosophen, Denker und Künstler, die Langköpfe nicht. ... Die Rassen eines Staates müssen von der Geopolitik studiert und analysiert werden, um zu sehen, ob es notwendig ist, Einwanderer zu holen, um mit ihrem Blut den rassischen Wert der Bevölkerung zu verbessern."

Pinochet bezieht sich schließlich explizit auf seinen ideologischen Ziehvater: „Adolf Hitler war der erste, der die außerordentliche Bedeutung der psychologischen Aktion erkannte, die er in seinem Buch „Mein Kampf" ausgeführt hat."

PERUANISCHE ZEITSCHRIFT „MARKA" WIEDER VERBOTEN – DIREKTOR VERHAFTET

PERU (ALTERNATIVA/ID)
7. September

Der Direktor der Wcohenzeitschrift „Marka", die von der Regierung Anfang Juli geschlossen wurde, ist am 17. August von der peruanischen Geheimpolizei, Abteilung Staatssicherheit, verhaftet worden.

Am selben Tag hatte Carlos Urrutia in einer anderen Zeitung in Lima einen Protest gegen das Verbot sämtlicher Nicht-Tageszeitungen in Peru veröffentlicht. Die Regierung hat trotz heftiger Nachfragen der Öffentlichkeit zur Verhaftung Urrutias noch nicht Stellung genommen. Es ist möglich, daß er in das berüchtigte Lager von Sepa im peruanischen Urwald verschleppt worden ist.

Die Begründung des Innenministers für die Verhaftung stützt sich auf das Verbot der Neuerscheinung von Publikationen, die von „extremistischen politischen Organisationen" finanzielle Unterstützung erhalten. Demgegenüber hatten Finanzprüfer bestätigt, daß die „Marka" allein von ihren Lesern finanziert wird.

(aus: Alternativa 97, 6. 9. 76)

Damit ist die „Marka" in ihrem einjährigen Leben zum zweiten Mal geschlossen worden. Schon Anfang August 1975 war sie für vier Wochen verboten, erschien dann anch dem Regierunswechsel von Velasco zu Morales wieder. Damals hatte der ID (Nr. 98) geschrieben: „Damit ist eine Art ‚demokratischer Frühling' im Lande eingetreten, der aber nach Meinung vieler Kenner möglicherweise bald wieder in einen ‚heißen Sommer' übergehen wird." Den haben die Peruaner zwar, aber auch den Ausnahmezustand (siehe Artikel oben.).

AUSNAHMEZUSTAND IN PERU

LIMA/WESTBERLIN (ID) 28. Juli

Seit dem 1. Juli herrscht, vorläufig für 30 Tage, in Peru der Ausnahmezustand. Die Militärregierung hob alle Grundrechte auf. Polizei und Militär können ohne richterliche Erlaubnis Hausdurchsuchungen und Verhaftungen vornehmen (und machen ausgiebig von diesem neuen „Recht" Gebrauch). Versammlungen von mehr als vier Personen in der Öffentlichkeit oder zu Hause sind verboten, sämtliche nicht-regierungsabhängigen Wochenzeitungen, darunter die linken Zeitschriften Marka, Momenta, La Palabra del Pueblo, El Periodista, El Amauta und selbst das Parteiorgan des moskauorientierten KP „Unidad" wurden verboten, ihre Mitarbeiter werden verfolgt. In Lima-Callac und Ica wurde ein Nachtausgehverbot von 22 Uhr bis drei Uhr verhängt. Polizei und Militärs wurden angewiesen, bei Verstößen sofort von der Schußwaffe Gebrauch zu machen. Übertretungen gegen den toque de queda und die Sonderbestimmungen des Ausnahmezustandes werden von Militärgerichten geahndet. Die Regierungszeitungen berichteten bisher nur von fünf Todesopfern, davon allein vier (nach anderen Quellen neun) bei einer Gefangenenrevolte im Gefängnis Callao, in dem vor allem seit Anfang dieses Jahres zahlreiche Gewerkschafter, Campesinos, Arbeiter, Studenten und Intellektuelle überwiegend ohne Prozesse inhaftiert sind.

Ob damit die dritte Phase der „peruanischen Revolution" eingeläutet worden ist, ob die Suche nach einem peruanischen Pinochet erfolgreich verläuft oder ob die Militärreformisten ihr Wechselspiel von Repression und Amnestie, Demagogie und massenfeindlicher Politik weitermachen können, ist offen. Zur Stunde rollen Panzer durch das nächtliche Lima, hört man vereinzelte Schüsse, und offizielle Kommuniques in den auf Sondersendung geschalteten Radiostationen, die beteuern, daß — obwohl alles völlig normal und ruhig sei — alles sich bereits zu normalisieren und zu beruhigen begänne, daß nur jeder mehr produzieren und den Gürtel enger schnallen solle, peruanisch-patriotisch und regierungstreu sei die augenblickliche Krise zu überwinden.

Die „zweite Phase" beginnt

Daß es überhaupt eine wenigstens ökonomische Krise im Land gab, hatte erstmals der einzige Zivilist im Kabinett, Wirtschaftsminister Barua, Anfang des Jahres zugegeben,als er („Ich bin die Verkörperung der Einheit von Volk und Streitkräften") mit Preiserhöhungen, Lohnbegrenzungen und Produktionsschlachtappellen die durch den Machtantritt von Morales Bermudez im August offiziell eingeleitete „Zweite Phase" der peruanischen Revolution" auf ihren Begriff brachte: Schrittweiser Abbau bestimmter erkämpfter Reformen und desarrollistischer (im Sinne von: kapitalistische Entwicklungspolitik) Illusionen eines nationalen peruanischen reformirten Kapitalismus, Begünstigung des großen (speziell des imperialistischen) Kapitals und seiner peruanischen Agenten, Aufgabe selbst nur demogogisch-antiimperialistischer Standpunkte in der Innen- und Außenpolitik.

Innenpolitisch hatte die „Zweite Phase" zunächst die von Velasco-Vertrauten, Fischereiminister Tantalean Vanini repräsentierten reaktionärsten Kräfte zurückgedrängt und durch Wiederzulassung der in der Velasco-Endphase verbotenen linken Presse (Ausweisung der Marka-Radaktion) Hoffnungen und Illusionen über den „linksnationalistischen" Charakter des „peruanischen Modells" geschürt. Die zweifellos vorhandenen Unterschiede innerhalb der Militärs z.B. zwischen konservativen Marine und Luftwaffe einerseits und Teilen des Heeres andererseits waren dabei teilweise in der Spannbreite ihres politischen Spektrums überschätzt, vor allem dann, wenn der progressive (für einige sogar sozialistische) Flügel der Militärs die selbstgewählten Adjektive des Prozesses etwa in der Reihenfolge sozialistisch, nationalistisch, antiimperialistisch, partizipatorisch, demokratisch, autonom, humanistisch, pluralistisch, christlich anführte statt umgekehrt, wie es die Konservativen machen.

Die Wirtschaftskrise und wer sie bezahlen soll

Die innenpolitische Entwicklung wurde so zum Kursbuch des Zuges, auf den die Militärs sich 1968 gesetzt hatten; die Wirtschaftsdaten bildeten dabei jene Stationen, auf denen die entscheidenden Weichen gestellt wurden: die entsprechend reformistischer Strategie vorgenommene Ausweitung staatlicher Wirtschaftsaktivität hatte neben einer immer größeren Haushaltslücke vor allem die Importe von Investitionsgütern der staatlichen Industrie schlagartig erhöht, während die Exporte durch den Verfall der Kupferpreise und z.T. ökologisch bedingte Rückgänge in der Fisc hindustrie sogar absolut sanken. Da gleichzeitig private Investitionen ausblieben, die vom Staat vorfinanzierten Entschädigungen für die Agrarraform von den Exbesitzern nicht produktiv in Peru, sondern imAusland angelegt oder im Inland spekulativ oder konsumorientiert verpraßt wurden, konnte seit drei Jahren die Zahlungsbilanz nur durch einen stetig steigenden Strom immer kürzerfristiger Kredite halbwegs im Gleichgewicht gehalten werden, während die Auslandsverschuldung auf rund 3,8 Mird. Dollar stieg. Die ökonomischen und politischen Bedingungen dieser Kredite wurden mit Sicherheit im Frühjahr diskutiert, als innerhalb von zehn Tagen die Herren Kissinger, McNamara (Weltbank) und Ortiz Mena (BID, Internationale Entwicklungsbank) in Peru auftauchten.

Nach wochenlanger psychologischer Vorbereitung des staatlichen Propagandaapparates und einer breit angelegten politischen Offensice des Unternehmerverbandes, der traditionellen Parteien (Apra, Bedoya, Balaunde) und entsprechenden Äußerungen von Präsident, Innen-, Industrie- und Arbeitsminister, kam Ende Juni der Offenbarungseid des Militärreformismus, von den ausländischen Kreditgebern gefordert (lt. Wirtschaftsminister Marua), vom Weltwährungsfond formuliert und von der Bevölkerung zu bezahlen:

Die Politik des Schocks a la Peruana sieht folgendermaßen aus. zum 1. Juli wurde der Sol gegenüber dem Dollar um 44 % (ein Dollar jetzt 65 Soles) abgewertet. Zugleich wurde ein Paket von Austerity-Maßnahmen bekanntgegeben, das den unmittelbaren Auslöser für den eingangs geschilderten Ausnahmezustand bildet. Die Staatsausgaben sowie die staatlichen Investitionen werden ebenso wie die Subventionen für die Grundnahrungsmittel erheblich reduziert, Löhne und Gehälter von einer geringen Erhöhung abgesehen zunächst eingefroren, Importe durch Zusatzsteuern verteuert — Ziel: Verringerung des Haushalts-, Handels- und Zahlungsbilanzdefizits, Steigerung von Produktion und Exporten, Wiedergewinnung des Vertrauens im Ausland.

Mobilisierung und Repression

Die Dialektik desarrollistischer Reformen samt ihrer revolutionären Rhetorik begünstigte jedoch die Mobilisierung breiter Teile der Landbevölkerung und des städtischen Proletariats, die sich politisch zu organisieren und zu formulieren begann. Auch die „Zweite Phase" der Revolution versuchte, diese Mobilisierung zu kanalisieren oder durch selektive Verhaftung von Campesino- und Gewerkschaftsführern, Rechtsanwälten oder Journalisten zu unterdrücken. Mußten von diesen nach nationalen und internationalen Protesten wieder viele freigelassen worden — einige wurden kurz darauf erneut verhaftet, ausgewiesen oder befinden sich zur Zeit wieder auf der Flucht, so wurden auch die Einkerkerungen von vielen namenlosen Campesinos und Arbeitern seit Jahresbeginn wieder zahlreicher. Zahlreicher wurden aber auch die Streiks: die Fabrikbesetzungen häuften sich wie die vor allem im Norden unter der Führung der CCP (Landarbeitergewerkschaft) durchgeführten Landbesetzungen.

Am 4. Juni kam es im Lima-Industrievorort Vitarte zur bis dahin heftigsten Auseinandersetzung, als die Polizei mit Gewalt einen über zweimonatigen Streik von etwa 1.000 Arbeitern der dortigen

Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt
D 1870 CX
Informations-Dienst
Postfach 90 03 43 6 Ffm. 90

903R 146 1
H.U. DILLMANN
ZUELPICHER STR. 259
D-5000 KOELN 41

Nylonfabrik brechen wollte. In offener Straßenschlacht verteidigte die gesamte Bevölkerung, Frauen, Kinder und Greise eingeschlossen, zusammen mit den Streikenden das Recht auf freie gewerkschaftliche Betätigung. 13 in der Nähe Vitartes liegende Betriebe traten in den Solidaritätsstreik. Die von der Regierung und der kommunistischen Gewerkschaftszentrale CGTP gemeinsam geführte Diffamierungskampagne, den Vitarte-Kampf als „apristisch unterwandert" hinzustellen, scheiterte auch an der breiten Solidarisierung der vor allem im links-unabhängigen Gewerkschaftsbündnis CCUCS zusammengeschlossenen Gewerkschaften.

Kennzeichnend für die sich verschärfende Situation war darüberhinaus die Verhängung des Ausnahmezustandes über den Minen- und Fischereisektor, die beiden für den Export Perus zentralen Bereichen. Hier wurden Streiks z.T. durch Truppeneinsatz gebrochen, denn „wer in den Minen streikt, begeht ein Verbrechen am Vaterland" (Präsidentenzeitung Cronics).

Selbst die regierungsabhängige Presse, obgleich fast ausschließlich von reinen „Hofberichterstattern" besetzt, wurde noch enger an die Kandarre genommen: die schlagartige Ersetzung sämtlicher Direktoren (und ganzer Redaktionen) z.T. durch prominente Wortführer des reaktionärsten bürgerlichsten Spektrums raubte selbst jenen das Sprachrohr, die meinten, durch „kritische Unterstützung" einen wo auch immer lokalisierten progressiven Flügel der Militärs unterstützen zu können oder zu müssen.

Gegenwehr....

Die Massen werden durch die Wirtschaftsmaßnahmen unmittelbar betroffen: 115%ige Benzinpreiserhöhung verteuern die Transportmittel und führten am 30.Juni zum Streik der apristischen Busgewerkschaft, der das öffentliche Leben Limas und fast aller grossen Städte paralysierte.

Preissteigerung sämtlicher Grundnahrungsmittel nach rund 20%iger Erhöhung im Januar erneut um 15 - 55% trafen selbst die Mittelschicht hart, ganz zu schweigen von den Massen in den Pueblos Jovenes und Barrios Populares (Elendssiedlungen) oder in den Provinzen. Am 1.Juli begannen vor allem in den Slums Limas die Pobladores ihre Verteidigung. Die Situation war anders als am 5. Februar vergangenen Jahres, als ein Polizistenstreik den von apristischen Provokateuren angestachelten Massen die Möglichkeit bot, unorganisiert und ohne politische Artikulation durch massenhafte Plünderung der Geschäfte im Zentrum Limas ihre verzweifelte Lage zu demonstrieren. Diesmal war der unmittelbare Angriff auf die Existenzgrundlage der ökonomisch ohnehin schwächsten Schichten der Grund, Banken, Busse, Geschäfte, Behörden (SINAMOS) zu stürmen. Andererseits waren diesmal Militär und Polizei vorbereitet. In militärischen Blitzaktionen wurden die sich formierenden Hungermärsche der Plobadores vor den Toren Limas gestoppt, in den Pueblos Jovenes schlug Truppen- und Polizeieinsatz Proteste nieder. Nach offiziellen Angaben wurden dabei etwa 400 bis 500 Personen verhaftet, zahllose verletzt, wenigstens einer getötet.

....Repression

Panikkäufe in den Geschäften unter Polizeischutz, Lähmung des öffentlichen Lebens durch den Streik der 8000 Mikrobusse Limas und offensichtliche Uneinigkeit zwischen den Militärs, die sich hinter nichtssagenden Kommuniques und vor dem Regierungspalast aufgefahrenen Panzern verbargen, wurden durch Verhängung des Ausnahmezustandes bisher unter Kontrolle gehalten.
Zugleich veranstalteten Marine- und vor allem Luftwaffenkreise ein großes Aufräumen unter Gewerkschaften, Campesinos, Arbeitern und Studenten, Intellektuellen. Wer nicht rechtzeitig untertauchte, wurde verhaftet — wie Hugo Blanco am 3.Juli auf offener Straße in Cusco — oder schon des Landes verwiesen — wie am 6.Juli mindestens 60 Personen, unter ihnen Vitarte-Streikführer, Studentenführer, Journalisten. Weitere 200-300 Personen sollen allein am 3./4.Juli verhaftet worden sein. Wer in welcher Form betroffen ist, läßt sich wohl erst in Wochen genau sagen.

Die ökonomischen Weichen scheinen für einen chilenischen Weg gestellt zu sein. Wie der interne Kampf der verschiedenen Fraktionen, kaum zu erfassen mit dem undifferenzierten Bild von extrem reaktionären, proimperialistischen und gemäßigteren nationalen Flügeln, ausgehen wird, ist noch offen. Der nur mehr vereinzelte und verzweifelte Widerstand in einigen Pueblos Jovenes bindet immer noch militärische Kräfte. Wie die weiteren konkreten politischen Entscheidungen noch ausfallen: verloren haben vorläufig bereits die breiten Massen der Bevölkerung, die Basisorganisationen auch der links-unabhängigen Gruppen, die sich bisher nicht zu einer einheitlichen Organisation hatten durchringen können. Ob sie jetzt noch dazu die Gelegenheit haben werden, ist zweifelhaft.

Letzte Meldungen

Die Situation spitzt sich zu. Inzwischen wurden Verhaftungslisten bekannt, die sowohl innerhalb der peruanischen Linken, Gewerkschaftern, Campesinos und Arbeitern ‚aufräumen', als auch die in Peru exilierten Lateinamerikaner, oder auch andere nicht-peruanische Genossen betreffen. 13 argentinische Flüchtlinge sollen repatriiert werden: praktisch ein Todesurteil. Anderen lateinamerikanischen Exilanten steht ähnliches bevor. Peru reiht sich ein in die Front von Brasilien, Paraguay, Uruguay, Bolivien und Chile. Der Cono Sur des Kontinents schließt sich zusammen. Indessen gehen hier die Razzien in den Pueblos Jovenes und Barrios populares weiter.

Peru-Komitee; Kontaktadresse: Hugo Starken, Großgörschenstraße 40, 1 Berlin 62.